

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . KZ 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährig . . . 182.—

Abnahme von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourkarten.

Erhalten mit Ausnahme des Monats (April) 1923.

3. Jahrgang.

Dienstag, 10. Juli 1923.

Nr. 158.

Der „freigesprochene“ Soldatenschänder.

Gegen den ehemaligen k. u. k. Leutnant und jetzigen kommunistischen Kreissekretär von Reichenberg **Beuer** wurde im Jahre 1921 in einer Wählerversammlung die schwere Beschuldigung erhoben, daß er im Kriege die ihm unterstellte Mannschaft unmenschlich hart behandelt habe und er wurde dafür ein **Soldatenschänder** genannt. Damals empfand es die kommunistische Partei noch als selbstverständliche Pflicht, daß sich **Beuer**, der eine hervorragende Vertrauensstellung in der Partei besaß, von diesem schweren Vorwurf öffentlich reinigen müsse, und er rief damals selber das staatliche Gericht an, indem er gegen drei Teilnehmer jener Wählerversammlung die Ehrenbeleidigungsklage einbrachte. Sätte das Arzbauer Bezirksgericht trotz der schwer belastenden Aussagen einer langen Reihe von Zeugen die Angeklagten verurteilt, Herr **Beuer** und mit ihm die kommunistische Parteileitung hätten die von **Beuer** selbst angerufene Kompetenz des Gerichtes nicht im mindesten angezweifelt, doch das Gericht fällt den Spruch, daß es den **Wahrheitsbeweis** für den auf **Beuer** gemünzten Ausdruck „Soldatenschänder“ für erbracht hält und sprach wegen dieses Ausdruckes die Angeklagten frei.

Es ist überflüssig, zu sagen, daß dieses Urteil des Gerichtes nicht als das Entscheidende bei der Beurteilung der Frage nach Schuld oder Nichtschuld **Beuers** angesehen werden kann, aber maßgebend dafür ist das im hellen Lichte des Tages durchgeführte **Verfahren**, und dieses war für **Beuer**, trotz aller Beschönigungsversuche der kommunistischen Presse, vernichtend. Keine Partei, die auf Reinheit hält — nicht einmal eine bürgerliche Partei! — würde nach diesen Zeugenaussagen einen Menschen, dem derartig diffamierendes nachgewiesen wurde, auch nur eine Stunde länger auf einem Vertrauensposten dulden. Anders bei der kommunistischen Partei, die sich anmaßt, die einzig wahre Hüterin aller revolutionären Grundzüge und Gesetze zu sein, und die über andere Parteien und deren Angehörige als strengste Sitten- und Gesinnungsrichterin waltet, wobei sie nie verfehlt, den kleinsten Irrtum des Einen als die schwerste Verfehlung aller seiner Parteigenossen und auch der ganzen Partei auszusprechen. Ihr fiel es nicht ein, den **Beuer** fallen zu lassen. Daß er ein bestialischer Quäler seiner Mannschaft war, daß er die ihm verliehene Macht brutal und hochmütig ausübte, die **Soldaten** — Proletarier, die gegenüber dem allmächtigen Herren Vorgesetzten wehrlos waren, zu drangsalieren, zu erniedrigen, zu tyrannisieren und zu mißhandeln, was machte das in den Augen der über die „Sozialpatrioten“ weiterenden kommunistischen Parteihäupter aus! Jetzt schrie **Beuer** doch wieder im kommunistischen Chorus gegen die „Sozialverräter“ mit kraftvoller Stimme mit, war also vollwertiges Mitglied und einer der Stimmführer der kommunistischen Partei, da durfte er nicht im Stiche gelassen werden. Das gebot schon die Solidarität, denn wenn man die Vergangenheit so manches später zum kommunistischen Parteiführer gewordenen ehemaligen k. u. k. Leutnants überprüfen wollte, es kämen über die Art, wie sie damals Krieg und Militarismus labotierten, wenig erbauliche Dinge heraus. Wer daran zu rühren wagt, der ist nach der Reichenberger Terminologie ein **Verräter** an der Heilsschleife des Kommunismus und ein Arbeiterfeind.

Das Rezept ist nicht mehr neu: was bei den andern als Untat verdonnert wird, ist, von einem Kommunisten verübt, nach entsprechender „revolutionärer“ Begründung, eine verzeihliche „Abirrung“. Die Weitherzigkeit im Verzeihen üben die Moskauerbeter gegenüber ihren Anhängern nicht erst seit jetzt, und so konnte sogar **Enver Pascha**, der berühmte bestialische Armenierschlächter ihr Herzogsfreund und Genosse werden. So wurde

Bevorstehender Friedensschluß in Lausanne.

Räumung Konstantinopels nach Ratifizierung des Vertrages. — Rückertattung der „Göben“ an die Türkei. — Friedensschluß in 8 bis 10 Tagen.

Lausanne, 8. Juli. (Wolff.) Der heutige Tag verging in gespanntester Erwartung, da man allgemein die auf den Nachmittag einberufene Sitzung der Delegierten für die entscheidende hielt. Die Sitzung begann um 5.30 Uhr nachmittags im Schloß-Hotel von Duch und wurde um 8 Uhr unterbrochen. Die Delegierten teilten mit, daß die Sitzung um 11 Uhr nachts wieder aufgenommen und im Laufe der Nacht eine amtliche Mitteilung veröffentlicht werden soll.

Nach einer dreieinhalbstündigen Nachsitzung gab die Konferenz um 1.30 Uhr nachts folgende amtliche Mitteilung aus: „Die offiziellen Sitzungen, die seit Samstag stattgefunden haben, führten zu einer grundsätzlichen Einigung zwischen den Delegationen der einladenden Mächte und der türkischen Delegation über die drei noch zur Verhandlung stehenden Fragen: den Zahlungsmodus der Kupons der ottomanischen Schuld, die Konzessionen und die Räumung Konstantinopels. Die Sachverständigen wurden beauftragt, die hierüber vorbereiteten Texte endgültig ins Reine zu bringen. Sie werden hierauf dem zuständigen Komitee der Konferenz unterbreitet werden.“

Hierzu erklärt man noch: die Regelung der Kuponsfrage und der Räumung Konstantinopels entspricht den letzten Meldungen. Die Kuponsfrage bleibt aus dem Vertrage fort. Die Alliierten behalten sich jedoch vor, in der Komiteesitzung eine Erklärung abzugeben, wonach die Privatkontrakte zwischen den Titelhäbern und der türkischen Regierung durch neue Abmachungen ersetzt werden müssen und nicht einseitig aufgehoben werden können. Die Räumung Konstantinopels beginnt sofort nach Ratifizierung des Vertrages durch die türkische Regierung und muß sechs Wochen nach Ratifizierung durch die Türken beendet sein. Die Konzessionsfragen sollen in einem besonderen Anhange zum Vertrage geregelt werden. Die Türken und Engländer werden noch über einige Punkte, die die Konzessionen betreffen, Antrufungen ihrer Regierungen einholen. Auch die anderen Delegationen werden sich noch über einige Einzelfragen mit ihren Regierungen zu verständigen haben. Wie man weiter erfährt, werden den Türken das Kriegsschiff „Göben“ sowie die aus Konstantinopel fortgeführten Waffen- und Munitionslager zurückerstattet werden. Man rechnet damit, daß der Friedensschluß in acht bis zehn Tagen erfolgen kann.

Ueber die Regelung der Konzessionsfragen wird noch mitgeteilt, daß die allgemeinen Klauseln die Anerkennung der Konzessionen vor dem 29. Oktober 1914 behandeln, die besonderen Klauseln sich auf die Gesellschaft **Widars-Armstrong**, die türkische **Petroleumkompanie**, die allgemeine Eisenbahnregie, andere Klauseln auf die Anpassung der Konzessionskontrakte an die wirtschaftlichen Verhältnisse beziehen und die Regelung der Konzessionen in den abgetrennten Gebieten festlegen.

Der Vertrag tritt nach Ratifizierung durch die einladenden Mächte in Kraft. Bis zur Ratifizierung gelten bestimmte Klauseln zugunsten der alliierten Staatsangehörigen.

* *

Lausanne, 9. Juli. (Havas.) Die Sowjets werden aufgefordert werden, den Vertrag über die Meerengen zu unterzeichnen.

auch über **Beuers** Schandtat den Mantel der bolschewistischen Nächstenliebe gebreitet. Als er nach dem Gerichtsurteil der Partei seine Funktion zur Verfügung stellte, da erklärte der Kreis Ausschuss der kommunistischen Partei in Reichenberg — ohne noch die Beschuldigungen durch ein anderes Forum geprüft zu haben — daß er „keinen Anlaß habe, dem Genossen **Beuer** das Vertrauen zu entziehen oder einzuschränken“. Das jüdische Pathos der Erklärung des Reichenberger Kreis Ausschusses weist darauf hin, daß dieser den **Beuer** jetzt erst als vollwertig und seines Vertrauens würdig befindet. Um aber jenen kommunistischen Arbeitern, deren Denken noch nicht so verkrüppelt ist, daß sie einen gerichtlich gebrandmarkten **Soldatenschänder** als ihren einzig würdigen Parteisekretär ansehen, die Augen zu verkleben, wurde erklärt, ein „Gericht von Arbeitern“ werde die Beschuldigungen gegen **Beuer** überprüfen und in einer „öffentlichen Volksversammlung“ über das vorgelegte „Material“ und das „gefällige Urteil“ Bericht erstatten.

Dabei wurden dem aus wohlpräparierten Kommunisten zusammengesetzten Gericht gleich die nötigen Weisungen mit auf den Weg gegeben: das Urteil des Gerichtes wurde als Ausfluß der „Klassenjustiz“, die Belastungszeugen als Feinde der kommunistischen Partei, das Ganze als **Mache** der Gegner hingestellt. „Machgebend“ waren für die keine Kreisleitung nur jene Zeugen, die nichts auszusagen wollten, oder die **Beuers** Verhalten zu rechtfertigen suchten. Bei solcher fürsorglichen Aus-

wahl, die auch dem „Arbeitergericht“ als Richtschnur mitgegeben wurde, war es dem Kreis Ausschuss ein leichtes, dem Urteil dieses „Arbeitergerichtes“ mit Beruhigung entgegenzutreten und dem **Beuer** schon im vorhinein vorschußweise das „uneingeschränkte Vertrauen“ auszusprechen. Das so präparierte „Arbeitergericht“ hat denn — wenn es auch das Vertrauen in die bolschewistische Justiz bei der übrigen Arbeiterschaft nicht stärkte — die Erwartungen seiner Auftraggeber nicht enttäuscht. Es wurden nur **wahrscheinliche** Kommunisten als Zeugen einvernommen, oder solche, die „nichts wußten“, das übrige besorgte die Erleuchtung durch den heiligen Geist des Bolschewismus: Herr **Beuer** einstieg der Untersuchung durch dieses Gericht ungeschuldsvoll wie ein frischgewaschener Engel.

In einer „Massenversammlung“, zu der sich wohlgeächzte 475 Personen eingefunden hatten, wurde am Freitag über das Ergebnis der erbärmlichen Komödie, die sich „Arbeitergericht“ nannte, mit der üblichen kommunistischen Aufmachung „Bericht erstattet“. Der „Vorwärts“ berichtet darüber unter dem klammen Titel: „Abrechnung mit den Nutznießern der Klassenjustiz“, was auf den Ton hinweist, in dem es da herging. Daß die Beschuldigungen gegen **Beuer** nur **Teufelswerk**, zum mindesten Verleumdungen **fascistischer** Elemente waren, das war nun sonnenklar. Ganz nebenbei wurde gemeint, **Beuer** sei eben ein „pflichtbewußter Offizier“ gewesen, der sich durch „sein Pflichtbewußtsein“ verleiten ließ, von der Mannschaft etwas mehr zu verlangen“.

Nicht Berechtigungs-, sondern Bildungsschule!

Zur Organisation der Obermittelschulen.

Der Gründe, weshalb Eltern ihre Kinder in die höhere Schule schicken, gibt es viele: „Mein Sohn soll mehr werden als ich!“ ist der häufigste von ihnen, gewöhnlich lauten sie etwa: „Er soll Advokat werden, Advokat verdienen viel.“ oder: „Staatsbeamte haben eine gute Altersversorgung und ein bequemes Leben.“ oder: „Die Technik regiert die Welt, als Ingenieur wird es der Bub am weitesten bringen.“ Und die Kinder, die aus dieser Motiven die Schule besuchen, betrachten sie auch dementsprechend: Sie nehmen sie als ein unvermeidliches Übel hin, leben an ihr vorbei in ihrer eigenen privaten Welt und wenn sie sie hinter sich haben, bemühen sie sich, alles dort Gelebte so schnell als möglich zu vergessen. So halten es die jungen Leute mit robuster körperlicher und namentlich feistlicher Konstitution: die hart und empfindlich Gebauten tragen im täglichen Kampf mit einer Schule, die ihr Inneres nicht zu erschließen vermag, oft schmerzhaft Wunden fürs Leben davon und gar mancher bricht am Wege, des Wanderns müde, zusammen, ein trauriger Anblick, dem Dichter wie **Frank Wedekind** und **Hermann Basse** erschütternde Worte geliehen haben. Die „**Galere des Gymnasiums**“, von welcher **J. S. Machar** spricht, wird solange das gartige **Stolensschiff** bleiben, als es nicht aufhört, Zuchtanstalt von **Berufsmenschen** mit allzu eng umschriebenen Zielen zu sein, und als es sich nicht auf seine eigentliche Aufgabe besinnt: im Entwicklungsstadium des jungen Menschen eine diese Entwicklung nach Kräften fördernde Stufe darzustellen.

Praktisch gesprochen: Bisher ging, wer Jurist, Mediziner oder Theologe werden wollte, ins **Gymnasium**, der künftige Techniker in die **Realschule**, wer sich mit geringerer fachlicher Ausbildung zufriedengab — doch die **Fachbildung** war stets die Hauptsache — in Gewerbe-, Handels-, **Ackerbau**-schule, **Lehrerbildungsanstalt** und dgl. In **jedem** dieser Institute packte er sich eine gewisse **Menge** von **Wissensstoff** und **Fertigkeiten** ein, die er **mehr** oder **weniger** gläubig von seinen Lehrern übernahm, der **Bildungswert** dieser Gegenstände, d. h. ihre **Fähigkeit**, **Geist** und **Charakter** zu formen und zu **selbständiger** Tat auf gleichem Gebiet anzuzeigen, konnte sich immer nur zum geringsten Teil auswirken, weil das „**Durchkommen**“, das rasch **Fertigwerden**, die **Zumme** des erworbenen **Lehrstoffes** höher eingeschätzt wurden als die **freilich** stets im **Munde** geführten **Bildungswerte**, kurz, weil die **Quantität** höher stand als die **Qualität**. In

als gerade notwendig war, aber das erschien der Versammlung nur als ein kleiner Schönheitsfehler, über den nichts weiter zu sagen ist. **Beuer** wurde nochmals des vollen uneingeschränkten Vertrauens versichert und als er gar selber als **Nedner** für sich in die **Schranken** trat, da wurde er, wie der „**Vorwärts**“ erzählt, „von der ganzen Versammlung mit stürmischem Beifall begrüßt“. Wer die **Nedersfreiheit** kommunistischer Versammlungen kennt, der kann sich vorstellen, daß in der Versammlung kein Wort des **Widerpruchs** laut wurde. Es war daher ein **rührendes** **Verbrüderungsfest**. In den **Armen** lagen sich beide, und weinten vor **Nahrung** und **Freude**. Als dann der **eigens** **herbeigeeilte** **Karl Kreislich**, der mit seiner **Leibschweideidigung** in seiner **Vergangenheit** auch einiges zu **vergessen** hat, die **Schimpi**-**register** aufzog und zur **höheren** **Weihe** des **Tages** wieder einmal die **Sozialdemokraten** zum **Tode** **verurteilte**, kannte die **Begeisterung** keine **Grenzen** mehr.

Mit ihrem **Scherbengericht** glauben die **Kommunisten** die **schmutzige** **Sache** **bereinigt** zu haben. Sie müssen **freilich** am **besten** wissen, wen sie für **würdig** halten, **Funktionen** in ihrer **Partei** zu **bekleiden**. Von **Beuer** steht auch nach dieser **Komödie** fest, daß er als **Leutnant** die **Soldaten** wie **Hunde** **behandelte**, sie im **feindlichen** **Artilleriefeld** **erzittern** ließ und **ähnliches** **mehr**. Der „**Freispruch**“ dieses **Soldatenschänders** wird die **Meinung** über die **Gesellschaft**, die den **Namen** des **Sozialismus** **trägt**, nicht **mildern**!

Kommunistische Quertreibereien.

Beim Metallarbeiterstreik in Berlin.

Berlin, 9. Juli. (Eigenbericht.) Im Metallarbeiterstreik ist eine Verschärfung der Lage eingetreten. Trotzdem für heute die ersten Verhandlungen angelegt waren, ist es den Kommunisten gelungen, entgegen den Warnings der Streikleitung einige größere Betriebe, darunter auch die A. E. G., zum Stillstand zu bringen. In der gestern abgehaltenen Versammlung der kommunistischen Betriebsräte wurde beschlossen, die von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen um mehr als das Doppelte zu überbieten und für die erste Juliwache 25.000 Mark Stundenlohn; für die zweite Juliwache 35.000 Mark Stundenlohn zu verlangen. Wenn diese Forderungen bis zum 14. Juli nicht erfüllt sind, soll die gesamte Berliner Arbeiterchaft zum Streik aufgerufen werden. Ohne Zweifel ist die Erregung der Arbeiter durch die täglich unerträglich werdende Teuerung berechtigt. Ob es gelingen wird, unüberlegte Schritte hinauszuhalten, hängt nur von den jetzigen Verhandlungen ab. Diese sind für die Streikleitung ungeheuer schwierig,

denn die Unternehmer warten nur darauf, daß der allgemeine Kampf beginnt, dessen Ausgang unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen außerordentlich unsicher ist und den Unternehmern die schon lange erwünschte Gelegenheit geben könnte, die noch bestehenden Rechte der Arbeiter zu beschneiden und die Betriebe von unbeliebigen Elementen zu säubern. Für die Kommunisten kommen diese Gedanken nicht in Betracht, da sie von jeder Verantwortung für die Gesamtheit der Arbeiterschaft frei sind; aber die Gewerkschaften wissen aus Erfahrung, daß gerade mit der Mehrzahl jener Arbeiter, die jetzt den kommunistischen Parolen Folge leisten, ein erster und länger andauernder Kampf nicht zu führen ist. Ein Ausweg läge darin, daß die Regierung die Unternehmer zwingt, die Forderungen der Gewerkschaften anzuerkennen, und daß sie besonders für die Sicherung des Arbeitslohnes gegen die Geldentwertung Sorge trägt.

Das alte Lied vom „Durchhalten“.

Paris, 8. Juli. In Bay de Dome und in Hoyt fanden heute in Anwesenheit des Präsidenten der Republik Millerand Gedenkfeiern für Pascal statt. Bei einem Bankett, das nach einer Feierlichkeit in Bay de Dome veranstaltet wurde, benützte Millerand die Gelegenheit, von der französischen Ruhrpolitik zu

sprechen. Er behauptete, Frankreich und Belgien seien in das Ruhrgebiet eingedrungen, um Besatzung zu werden. Die französische Politik sei, das dürfe nicht verschwiegen werden, eine Politik auf lange Sicht. Frankreich müsse wie während des Krieges entschlossen sein durchzuhalten, es müsse eine Stunde länger durchhalten als der Gegner.

zucht der Befähigten eine der Hauptlinien der Schulorganisation vom Anfang an, dann bleibt auch die Obermittelschule, was sie bisher war: Berechtigung, statt Bildungsschule, Galerie für die geistlich Differenzierten, Paradies der Streiber, und sie bleibt es doppelt, wenn ihr, wie das im Organisationsentwurf der Fall ist, der Charakter der Wissenschaft und Vernunft so wenig genommen wird. Der Plan der abschließenden fünften Klasse, die den Schülertypen entsprechend, eine alt- und neuphilosophische, naturwissenschaftliche, mathematische und pädagogische Abteilung kennt, zeigt, daß die Verfasser des Entwurfes um das Wesen der Bildungsschule Bescheid wissen. Die Beschränkung des in dieser Klasse Geforderten (wobei sich über Einzelheiten streiten läßt) gestatte Vertiefung, individuelle Sonderung ein Lassen der werdenden Seele auf eigenen Wegen, warum kann man sich da, gejagt vom Gespenst der Vielwisserei, in den vier vorhergehenden Klassen des Lehrstoffes gar nicht genug tun? Sollen die Schüler noch immer wandernde Konversationslexika statt aktive Menschen werden? Nur die Gabelung der ersten bis vierten Obermittelschulklasse in eine mehr den Sprachen und eine zweite mehr den realen Wissenschaften zugewandte Gruppe nimmt auf die Intelligenz- und Reigungstypen Rücksicht, innerhalb jeder einzelnen Gruppe aber herrscht fröhlich der zerplitternde Gänge hemmende Stoffhunger. Er wird sich, soll der Entwurf etwas taugen, wieder davonrollen und eine strenge Auswahl des für Geistes-, Charakter- und Körperbildung notwendigen an seine Stelle treten müssen, sonst wird das Lernen um der Zeugnisnoten willen niemals der Liebe zur Sache weichen.

Der Mittelschüler, der die Schule verläßt, soll ein geschlossenes Weltbild mit sich ins Leben neh-

men, er soll aber zugleich zielbewußt auf die Hochschule vorbereitet worden sein. Den Zusammenhang zwischen der Mittel- und der Hochschule lockert der Entwurf mehr als nötig, wenn er bestimmt, daß der Uebertritt an jede Hochschule fakultät aus jeder Obermittelschul-Abteilung gestattet ist. Was soll das? Die Entscheidung über den Bildungsweg des Kindes über das zehnte Lebensjahr hinauszurücken, ist notwendig und gut, da, wie schon erwähnt, erst die Pubertätsperiode über die Anlagen eines Menschen einermachen Klarheit schafft. Aber mit dem vierzehnten Lebensjahr besteht diese Klarheit schon, bei der Auswahl des Obermittelschulzweiges können also Reigung und Talent bereits gebührend in Anschlag gebracht werden. Dem Achtzehnjährigen alle Wege nochmals freizuhalten, liegt demnach kein Anlaß vor, wenn das bloß auf Kosten des erzieherisch-bildnerischen Zieles geschehen kann. Es später das spezifische Mittelschulstudium einsetzt (und der Entwurf verlegt es vom zehnten bis achtzehnten auf das vierzehnte bis achtzehnte Lebensjahr), desto energischer und planvoller muß es seinen besonderen Aufgaben dienen. Das aber kann es nicht, wenn jeder seiner Zweige auf jeder Art Hochschule vorbereitet werden soll. Die Vielgliedrigkeit des modernen Wissens und Könnens bedingt, was mit Einseitigkeit nichts zu tun hat, doch bei jedem die rechtzeitige Einstellung auf eine bestimmte Richtung und in diesem Sinne haben Obermittel- und Hochschule ein organisches Ganzes zu bilden, Schauen, Denken und Wollen des Lernenden sollen nicht genötigt sein, sich beim Uebergang an die Universität ganz neu einzustellen — wobei hier das Bedürfnis der Hochschule nach gewissen Elementarkenntnissen ihrer Besucher ganz uner-

wähnt bleiben soll. Nur solange es als Aufgabe aller Schulen betrachtet wird, Berufsmenschen zu erziehen, solange also das Ideal der Musterschule jenes der Bildungsschule überwiegt, kann es wünschenswert erscheinen, daß der Schüler jederzeit alles werden kann. Ebenso gewiß ist, daß diese Labilität und Indifferenz bis tief in die Zeit der Reife hinein dem Wesen der Persönlichkeit und der vornehmsten Aufgabe der Erziehung, Individualitäten zu formen, schurstracks zu widerstehen.

Dem wirtschaftlich orientierten Einwand gegenüber, auch den Bewohnern kleinerer Städte mit nur einem Mittelschultypus müsse der Zugang zu jeder Art Hochschulbildung gewahrt bleiben, ist auf die Pflicht des Staates hinzuweisen, durch entsprechende Einrichtungen für begabte Mittelschüler vorzusorgen, und daneben muß gefordert werden, daß das wirtschaftliche Moment nicht zum einzig ausschlaggebenden gemacht werden darf, sondern daß die Forderungen an die Bildungsinstitute erster Linie aus dem Wesen und den Bedürfnissen der Bildung selbst abgeleitet werden müssen.

Die hohe Aufgabe, welche die Schule in Zukunft dem Lehrer stellen wird, rechtfertigt es durchaus, daß seine Ausbildung an die Obermittelschule verlegt und durch ein pädagogisches Seminar- und ein Universitätsjahr erweitert werden soll. Die bisherige Auswahl des werdenden Lehrermaterials war keine allzu gute, namentlich an den Mittelschulen lieferten mehr oder weniger nur ihren Abfall an die Lehrerbildungsanstalten. Da ist es doppelt zu begrüßen, wenn junge Leute erst nach strenger und sorgfamer Ziehung zu dem verantwortungsvollen Beruf zugelassen werden sollen. Freilich kann auch das, so sehr wir uns einseitig gegen „Provisorien“ verwahrt haben, nur ein Anfang sein, am Ende der Entwicklung muß die volle Hochschulbildung der gesamten Lehrerschaft stehen. Denn nur aus vollstem Wissen und Können heraus, wird sie der Jugend so Führer und Leiter zu sein vermögen, wie man es aus wirklicher Erkenntnis ihrer Aufgabe heraus fordern muß. Der Einwand, der gerade von Lehrerseite gemacht wird, daß ein so gebildeter Mann nicht werde aufs Dorf hinausgehen wollen, ist zu beschämend, als daß er eingehend widerlegt werden müßte. Derselbe sachliche Eifer, der den Arzt im Dienste der Menschheit, den Priester im Dienste der Kirche in Einsiden und Wüstereien hinaustreibt, wird hoffentlich als Hingabe an die Allgemeinheit auch im jungen Lehrgeschlecht aufzubringen sein.

Es ist wieder das kleinliche Rasten- und Berufsmenschen-tum, welches so einherredet, und das ist ein neuer Beweis dafür, wie energisch man dessen weiterer Ausbreitung an den Leib muß. Daß trotz dieses Kampfes, ja gerade durch ihn sich die verschiedenen Berufe in guten Händen befinden werden, darum ist mir nicht bange. Denn je mehr der im tätigen Leben stehende die ganze Welt und nicht nur sein kleines Ich, je mehr er seine große Aufgabe und nicht nur die beschränkte Enge des Provisoriums sehen wird, desto besser wird er der Sache dienen, weil er sie dann um ihrer selbst willen und nicht im Stauvenoch der Rücksicht betreibt. Zur inneren Freiheit, die einzig und allein die Einordnung des Einzelnen ins soziale Ganze ermöglicht, führt die Befreiung vom Rastengeist und darum muß diese die Parole bilden im Kampf um das höhere Schulwesen.

Dr. Alfred Kleinberg

Briefe und Gesänge aus dem Gefängnis.

Rosa Luxemburg, Briefe aus dem Gefängnis, Verlag Junge Garde, Berlin.
 Karl Liebknecht, Briefe, Verlag Die Aktion, Berlin.
 Max Barthel, Das Herz in erhabener Faust, Verlag Gustav Kiepenheuer, Potsdam.
 Ernst Toller, Gedichte der Gefangenen, Kurt Wolff-Verlag, München.

Der Staat wirft noch immer seine Bürger, die um menschliche Freiheiten kämpfen, in Gefängnisse und Zuchthäuser. Aber er irrt, wenn er glaubt, daß diese Menschen in der Abgeschiedenheit ihrer Zelle zerbrechen und dann wieder als willige Geschöpfe in das Gefüge der Staatsmaschine eingereiht werden können. In den Gefängnissen und besonders in den Gefängnissen, die die Gefangenen aus ihren Gefängnissen schreiben, spüren wir wenigstens nichts davon. Der einzelne, der sich täglich nur selber sieht, sich bis zu seinem innersten, menschlichsten Kern entscheidet, alle Gedanken seines Lebens durchgeht und auch nirgends eine Spur von Schuld und Verdammung spürt — er wächst in der Einsamkeit seiner Zelle nur über sich hinaus. Freigeiprofen von dem Richter in sich, der strenger und härter ist, als ein Mensch, der ihn nach alten Gesetzen verurteilt hat, wird seine Sehnsucht nach Freiheit höchstens noch größer und er wird entschlossener und willensstärker. Der einzige Gedanke, den er noch denkt und der ihn erfüllt, ist der, das Gesetz, das ihn in die Zelle brachte, zu zersperren und abzuschütteln. Da er gefangen ist und von der Welt abgeschlossen, versucht er die Mauern seiner Zelle zu durchbrechen — gelingt es ihm auch nicht mit seiner körperlichen Kraft — es gelingt ihm doch mit seinen Gedanken. Sie erreichen auch die noch in Freiheit kämpfenden,

Nur vor den Oktobermühen schreibt Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis von Breslau an die Frau Karl Liebknecht, also auch an alle Freunde:

„Ich fühle, wie Sie darunter leiden, daß Jahre unwiederbringlich vergehen, ohne daß man lebt. Aber Geduld und Mut! Wir werden noch leben und Großes erleben.“

Karl Liebknecht schreibt in denselben Tagen an seine Frau:

„Du tadelst, ich wiederholte oft dasselbe. Es ist nicht Greisenschwäche! Es ist Hämmeren — bis der Nagel sitzt. Artzschläge — bis der Baum fällt. Pochen — bis Schlafende erwachen. Peitschen — bis Träge aufstehen und handeln.“

Ein Strom von Kraft ging von diesen Briefen aus. Die Gefangenen besuerten die außerhalb der Gefängnisse Lebenden.

Und wir spüren diesen Strom von Kraft immer wieder, spüren ihn in allen Briefen, die aus den Gefängnissen kommen. Oft prallt er auch zurück. Dann zerbricht er den Eingekerkerten. Sie wollen lieber verhungern, als noch länger Mauern um sich wissen. Aber jeder dieser hungernden und sterbenden Gefangenen erfüllt wieder Hunderte von Lebenden mit seiner Sehnsucht.

Gesänge aus dem Gefängnis. Auch der Dichter schweigt nicht hinter den Mauern seiner Zelle. Und die Sehnsucht, die ihn zu den Brüdern ins Gefängnis warf, steigert sich dort sogar zu Gesängen. Max Barthel, Das Herz in erhabener Faust, Gesänge aus dem Zuchthaus von Kottbus, in das man den Dichter im Winter 1918 warf:

Und immer brachen die Richter den Stab:
 Kolumbus, Münzer und Bus.
 Der eine stieg mit den Ketten ins Grab,
 der starb in feurigen Ruh.
 Der wurde gerichtet und fener verurteilt,
 und der ist im Kerker verreckt.
 Das kam, sie hatten Neuland gesichtet
 und Paradiese entdeckt,

Sie wurden gefangen und rechtslos erklärt im eisernen Käfig der Zeit.

Denn wer hinaus ins Unendliche fährt,
 der fährt in die Ewigkeit.
 Gesetz kommt gefroren. Ein Stab wird gebrochen.
 Sie werden versucht und verdammt.
 Die Richter haben das Urteil gesprochen:
 Die Krone des Lebens flammt.

Die Krone des Lebens flammt. Sie flammte weiter, wenn auch nicht so offen und hell, wie in dem Dichter. Dieser und inwendiger haben sie tausend und abertausend Zehnjährige, die auch Neuland gesichtet hatten und ins Gefängnis geworfen wurden, bis in die heutigen Tage getragen. Nun brennt sie wieder in einem Gefangenen hell und heilig.

Ernst Toller, Gedichte der Gefangenen, geschrieben in den Gefängnissen Bayerns, in denen der Dichter heute noch als Gefangener lebt:

Den nackten Leib brutalen Blicken preisgegeben,
 belastet uns ein schamlos Greifen seiner Hände:
 In Grabenbündel splittern graue Bände,
 Die wie Gespinn gen unsre Herzen streben.

Stoßt Arm und Fuß in rostige Rette,
 Brennt Narben ein den magren Händen.
 Ihr könnt, ihr könnt den Leib nicht schänden,
 Wir stehen frei an der vorletzten Stätte!

So standen vor uns all die Namenlosen,
 Rebellen wider des Jahrhunderts Tyranni,
 Auf Klavenschiffen meuternde Matrosen —

Der Prometheus ewig trotziger Schrei!
 So standen sie an Mauern der Verwehten,
 So starben sie am Rande der verheißenen Zeiten.

Tollers Verse sind inniger und inbrünstiger, als die Verse Max Barthels. Er leidet im Gefängnis. Vielleicht, weil er noch nicht rechtslos von dem großen Gesetz: Alles für die Freiheit aller — erfüllt ist. Ja, er ist selber noch nicht frei, ringt in jedem Wort und in jedem Vers um diese Freiheit. Er ist auch niedergedrückt, oft zerbrochen. Der gel-

stige Mensch leidet mehr unter Wucht der Gefängnismauer, als der proletarisch-elementare. Seine Verse sind deshalb auch alle nur Schreie des geschändeten Geistes. Leidend — beinahe weinend klingen sie aus:

Das Reich des Friedens wollen wir zur Erde tragen,
 den Unterdrückten aller Länder Freiheit bringen —
 Wir müssen um das Sakrament der Erde ringen.

Wo Tollers Verse über die inneren Kämpfe hinauswachsen, verkärt sich Toller zu dem Menschensohn — der sich Kreuzigen lassen will, um damit das Leid der Brüder auf sich zu nehmen, und ihnen so Freiheit bringen.

Barthels Verse sind kühner, brennender. Er leidet nicht unter der Enfernung. Er ist auch in der Zelle der Freie — Stürmende — ist der Räuber und Prophet der Mitdunkenden und Mitleidenden, der sich selber vergift im Leide der andern. Er spürt auch nicht Schandung des Geistes, nur Schandung des Körpers. Und sein geschändeter Körper kennt nur ein Gesetz, das des Trostes und der Empörung:

Der Ancht ist bezügelt, der Freie bezügelt,
 Groß Ketten und finsternem Turm.
 Ihr Herz ist wie Landschaft der Zukunft behügelt,
 Und sie sind Gewitter und Sturm.

Spüren die Menschen, die Gesetzgeber, die Richter, nicht diese Ströme von Kraft und Freiheit, die aus den Gefängnissen brechen. Hören sie nicht die Stimmen der Gefangenen!

„Was ist ein Jahr und was ist eine Stunde im Aker Zeit, der brach zu unsern Füßen liegt“, sagt Toller in seinem Vorwort zu den „Liedern der Gefangenen“.

Die Menschheit wird einmal triumphieren über die staatliche Gerechtigkeit.

Ja, was ist ein Jahr und was ist eine Stunde, sperrt den menschlichen Körper weiter ein, versucht den Geist der Menschheit zu schänden, den Geist der Freiheit tötet ihr nicht:

Die Krone des Lebens flammt!
 Kurt Klaber.

Inland.

Mihajlov Smerals in Moskau. Die „Slovenska Politika“ teilt aus Prag mit, daß der Bericht über die Verhandlungen der Vertreter der tschechoslowakischen Kommunistenpartei betreffend eine Beteiligung an der Regierung sich bestätigt. Dr. Smeral hätte der Erteilung der Moskauer Internationalen den gesamten Plan des zukünftigen Vorgehens der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei vorgelegt und gefordert, es möge ihr gestattet werden, mit den tschechischen sozialistischen Parteien und mit der Agrarpartei über eine Zusammenarbeit zu verhandeln. Besonders Zapotocky habe auf die unglücklichen Folgen der kommunistischen Politik in der Tschechoslowakei aufmerksam gemacht. Sinowjews Ratsschla, unsere Kommunisten mögen eine Revolution versuchen, sei auf den Widerstand Smerals und Zapotockys gestoßen. Ihre skeptische Prognose habe den tschechischen Kommunisten neue Feinde gebracht und die tschechoslowakischen Bolschewiken werden in Moskau als Feiglinge betrachtet. Smeral und Zapotocky werden über den Enderfolg ihrer Verhandlungen in der nächsten Zeit dem Prager Volkungsausschuß der kommunistischen Partei berichten. Das slowakische Blatt verrät natürlich nichts Neues. Zur Zeit der verbrecherischen Spaltung der sozialdemokratischen Partei war den Kommunisten jeder Sozialdemokrat zu wenig „radikal“ und jetzt wollen sie mit den tschechischen Agrariern anbandeln. Obwohl die Politik Moskaus auch eine opportunistische geworden ist, scheint der Smeralismus für die russischen Bolschewiki doch zu starrer Tabak zu sein. Smeral ist in einem halben Jahre weiter nach rechts gegangen, als die Moskauer in fünf Jahren. So läßt sich kurz das Verhältnis der tschechoslowakischen Kommunisten zu ihrer Kommandostelle formulieren.

Am Alima. Das „Ceske Slovo“ wird von vielen Lesern gefragt, was eigentlich mit dem Kofchner Alima los ist. Die „Narodni Listy“ und die übrigen nationaldemokratischen Organe sind voller Freude darüber, daß Alima doch amtiert und halten es für eine große Genugtuung, daß der Polizeidirektor Alima, welcher in Desterreich in Kromarschs Wohnung und seiner Familie Untersuchungen vornahm, angeblich rehabilitiert ist. Die Herren, welche Kofst, Fiedler, Tobolka und Mosialka wegen ihres „Mafusackwi“ (Desterreichertum) bestraft haben, haben große Freude darüber, daß der österreichische Polizist für den tschechoslowakischen Staat gerettet ist. Diese Freude dürfte aber, laut „Ceske Slovo“ nur kurze Dauer haben. Alima hätte zwar seinen Urlaub unterbrochen und sei ins Amt zurückgekehrt, aber er werde in Böhme fühlen, wohin es gehe.

Die tschechischen Sozialdemokraten über ihre Koalitionsgegner. Im samstägigen „Pravo Lidu“ sagt in Beiprechung des gegenwärtigen Glends der Arbeiterschaft Abg. Nemec folgendes: „Unsere Agrarier vergessen, daß die Preise der Lebensmittel so hoch sind, daß sie die Rückkehr zu normalen Verhältnissen bedrohen und den Staat in den Abgrund reißen. Die Agrarier haben sich nun neuerlich eine Subvention von 50 Millionen Kronen zum Ertrag der Elementararbeiten geben lassen. Aber diese Untersuchungen sollen auf noch schlechtere Art als im alten Desterreich verteilt werden. ... Die Staatsverwaltung ist verpflichtet, die Gesetze einzuführen, zum Schutze der Bevölkerung vor gewissenlosen Lebensmittelmisshandlern. Ferner ist sie verpflichtet, an der Herabsetzung der Lebensmittelpreise zu arbeiten. Drittens darf sie nicht lassen, daß die Agrarier durch Leben im mittleren Maße hohe Lebensmittelpreise erzwingen.“ So urteilt also der alte Nemec über die Verhältnisse in der „Rase Republik“. Sonntag wiederum brachte das „Pravo Lidu“ einen Artikel über die Gemeindevorwahlen und kennzeichnete dabei in vortrefflicher Weise seine Koalitionsgegner. Ueber die Agrarier sagt es, daß sie eine Klasse von Menschen sind, die nichts anderes sehen, als ihre Tasche und ihren Besitz. Ueber die Nationaldemokraten schreibt es, daß sie, so wie die Agrarier, immer an der Seite der Reichen standen, daß sie Anhänger des privatkapitalistischen Systems sind und daß ihre politische Idee der Profit ist. Ueber die Liberalen schreibt es, daß sie die Einnahme der Reaktion in der Republik fördern, daß sie die Lehrer verfolgen und die Schulen vernachlässigen wollen. Wie man sieht, fällt das „Pravo Lidu“ vor dem Gemeindevorwahlen ein sehr treffendes Urteil über seine Koalitionskollegen. Leider nur vor den Gemeindevorwahlen!

Konstituierung des ständigen Ausschusses.

Der ständige Ausschuß der Nationalversammlung hielt gestern nachmittags unter Vorsitz des Präsidenten Tomasek seine konstituierende Sitzung ab. Dieser teilte zunächst den Befund des Verfassungsgerichtshofes mit, mit welchem entschieden wird, daß die Beschlüsse des ständigen Ausschusses aus dem Jahre 1920 dem § 54, H. B der Verfassungsurkunde entsprechen. Sodann wurde die Wahl des Präsidiums und der Schriftführer des ständigen Ausschusses vorgenommen. Zum Vorsitzenden wurde der Präsident des Abgeordnetenhauses Tomasek, zum ersten Vizevorsitzenden Senator Horaek und zum zweiten Vizevorsitzenden Abg. Dr. Hruban mit 15 von 19 abgegebenen Stimmen gewählt. Zu Schriftführern wurden die Abg. Zemin, Spina und Dr. Dajin gewählt. Damit war der ständige Ausschuß konstituiert.

Der Kampf gegen den faszistischen Terror.

Schwere Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Faszisten.

Rom, 7. Juli. Wie die Blätter aus Florenz melden, kam es dort unlänglich der Verhaftung eines Kommunisten zu schweren Zusammenstößen, wobei zwei Faszisten schwer verwundet wurden. Daraufhin nahmen die Faszisten mehrere Hausdurchsuchungen vor, wobei ein Bäcker durch Bauchschuß schwer verwundet wurde.

Auch aus Bologna und anderen Orten werden heftige Zusammenstöße gemeldet. Die „Agentur Volta“ beklagt das Ueberhandnehmen der kommunistischen Ausschreitungen; so sei in Genua ein junger Faszist vor kurzem erschossen und in Florenz ein Faszist schwer verwundet worden. Der Grund für das neuerliche Ausleben der Kommunistenbewegung sei in den

durch die Wahlreform verschärften Parteikämpfen zu suchen. Die Regierung habe alle Vorsichtsmaßnahmen (!) ergriffen und Verhaftungen sowie Hausdurchsuchungen vorgenommen. Es werde, wenn die Ausschreitungen andauern sollten, zu den schärfsten Gegenmaßnahmen (!) geschritten werden.

Einstellung des Triester „Laboratore“.

Triest, 8. Juli. (Havas.) Das kommunistische Organ „Laboratore“ wurde auf Grund eines Urteils, in welchem das Blatt zur Revolution auffordert, eingeklinkt und die Redaktion sowie die Druckerei von der Polizei beschlagnahmt.

Ausland.

Kroatens Kampf um die Autonomie. Aus Belgrad wird gemeldet: Bei der Erörterung der Kroatienfrage ist in den letzten Tagen eine schärfere Tonart wahrnehmbar. Während in Agrar mit dem politischen Boykott gedroht wird, besprechen einzelne Belgrader Blätter die Frage einer eventuellen Amputation kroatischer Gebiete, falls die Kroaten auch weiterhin auf einer Politik parlamentarischer Abstinenten beharren sollten, in maßgebenden Kreisen wird der Standpunkt vertreten, daß dieser Boykott keine allzugroße Bedeutung beizumessen sei, da weder von Boykott noch von einer Amputation ernstlich die Rede sein könne. Diesbezügliche Drohungen seien mehr als taktische Schachzüge zu beurteilen, denn die Kroaten seien sich wohl bewußt, daß ihre nationalen und wirtschaftlichen Interessen am besten im Rahmen des Königreiches S. H. gewahrt werden. Wenn auch eine Verständigung zwischen Belgrad und Agrar angesichts der unerfüllbaren, extremen Forderungen Radics derzeit noch sehr schwierig sei, so könne es doch nicht fraglos erscheinen, daß schließlich doch ein friedlicher Ausweg gefunden werden wird.

Ein Aktgebild aus dem besetzten Gebiete. Aus Darmstadt wird uns gemeldet: Am Freitag abends wurde in der au der Peripherie der Stadtgrenze gelegene Waldkolonie eine Bekanntmachung der Franzosen angehängt, die besagt, daß die Bewohner der ehemaligen Bunkerlagerzone, die sich in diesem Gebiete befindet, bis zum 14. Juli abends 7 Uhr erklären sollen, ob die dort wohnenden Eisenbahner bereit sind, für die französisch-belgische Regie Dienste zu leisten. Anderenfalls soll die Ausweisung der dort wohnenden Eisenbahner erfolgen. Gleichzeitig wurde die ehemalige Bunkerlagerzone unter militärische Bewachung gestellt. Die darin wohnenden 88 Familien, die sich meist aus Eisenbahnern zusammensetzen, dürfen aus ihren Wohnungen nicht fortgehen. In der in der Nähe befindlichen genossenschaftlich errichteten Waldkolonie wohnen ebenfalls circa 100 Familien, die von dem Befehl der Franzosen zwar nicht direkt berührt werden, jedoch in großer Aufregung sind und ebenfalls befürchten, daß die Ausweisung über sie verhängt wird. In den Eisenbahnwerkstätten arbeiten circa 100 von den Franzosen angeworbene Arbeiter, meist Elemente sehr zweifelhafter Natur, darunter verschiedene Franzosen, die auch im Betriebe essen und schlafen. Die Erregung unter der Einwohnerchaft ist sehr groß. Ausgewiesen wurde bis jetzt nur der Kantinenwirt der Werkstätte, weil sich dessen Frau weigerte, für die Franzosen zu kochen.

Der „Höchste Kirchenrat“ in Moskau gegen Tichon. Aus Moskau wird gemeldet: Auf die letzte Erklärung Tichons hat der Höchste Kirchenrat eine gegen Tichon gerichtete Proklamation erlassen, in welcher der Rat alle Verbrechen Tichons gegen die Kirche und die Nation aufzählt und die Gläubigen auffordert, Tichon keinen Glauben zu schenken. Da dessen Reue nach der Meinung des Rates bloß auf Furcht vor Strafe zurückzuführen ist.

Telegramme.

Das Urteil im Hochverratsprozeß Juchs.

München, 9. Juli. Im Hochverratsprozeß Juchs und Gen. wurde heute das Urteil verkündet. Es erhielten der Hauptangeklagte Juchs zwölf Jahre Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft, zehn Jahre Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und zwei Millionen Mark Geldstrafe. Der angeklagte tschechoslowakische Kohlenhändler Munk erhielt ein Jahr und drei Monate Zuchthaus mit Anrechnung der Untersuchungshaft, drei Jahre Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und Ausweisung aus dem Reichsgebiete. Die übrigen Angeklagten Berger und Gebrüder Guter mann wurden unter Ueberbürdung der Kosten des Gerichtsjahres auf die Staatskasse freigesprochen.

England und Italien zu selbständigem Vorgehen entschlossen.

London, 8. Juli. (H. A.) Blättermeldungen zufolge wird das Kabinett am Anfang der nächsten Woche zusammentreten und über die Notwendigkeit der Fortsetzung der Konferenzen zwischen Saint Austaire und Lord Curzon beraten. Im Falle eines negativen Ergeb-

nisses würden Italien und England das deutsche Memorandum beantwortet und bestimmte Vorschläge machen, welche sie Frankreich und Belgien vor Ueberreichung an Deutschland zur Kenntnis bringen würden.

Belgien als Schrittmarker neuer Repressalien.

Brüssel, 8. Juli. (Havas.) „Independance Belge“ zufolge wird in Regierungskreisen erklärt, daß gegenwärtig von einer Zusammenkunft zwischen Theunis und Poincare keine Rede sein könne. Dasselbe Blatt glaubt, daß Deutschland die im Ruhrgebiet begangenen Verbrechen nicht beurteile, die Abberufung der Votshafter bloß der Beginn einer Serie von Maßnahmen wäre, die Belgien zu ergreifen beabsichtige.

Paris, 8. Juli. (Havas.) Da der päpstliche Nuntius Terenti anherbeisend, erschien der Sekretär der Nuntiat am Quai d'Orsay, um den Sinn der päpstlichen Note zu erläutern. Als Antwort wurde ihm mitgeteilt, daß Belgien auf das Duisburger Attentat hin Maßnahmen ergriffen habe, und daß Frankreich ebenso wie Belgien als sein Recht ansehe, die notwendigen Vorkehrungen zur Verhinderung ähnlicher Attentate zu treffen.

Die deutsche Antwort: Die Bevölkerung hat sich jedweder Sabotageakte zu enthalten.

Aachen, 8. Juli. (Havas.) Der Oberpräsident und Chef der Administration in den preussischen Rheinprovinzen fordert die Bevölkerung in den von den Belgiern besetzten Gebieten durch Aufrufe auf, sich jedweder Sabotageakte zu enthalten, da — wie in dem Aufruf erklärt wird — die Reichsregierung derartige Taten nicht billigt und sie amtlich verurteilt.

Deutsche Spione in Belgien.

Brüssel, 9. Juli. (Havas.) In Zeebrügge wurde eine weitverzweigte Spionageorganisation zugunsten Deutschlands aufgedeckt.

Deutschland soll die Kosten des Duisburger Attentats zahlen.

Koblenz, 8. Juli. (Havas.) Die interalliierte Oberkommission beschloß, der Eisenbahnverwaltung einen Betrag von 63.000 Franken als vorläufige Entschädigung für die durch das Duisburger Attentat verursachten Schäden, die von Deutschland zu ersetzen sein werden, zu bewilligen. — In dieser Meldung berichtet das Wolff-Bureau aus Berlin: Zu der Koblenzer Havasmeldung, wonach die Rheinlandskommission der französisch-belgischen Eisenbahnverwaltung für den Eisenbahnunfall auf der Hochfelder Brücke eine vorläufige Entschädigung von 63.000 Franc zuerkennen, die den deutschen Reichseinnahmen entnommen werden sollen, weist das Wolff-Bureau darauf hin, daß die Brücke unter der Bewachung des französischen und belgischen Militärs steht, und daß den deutschen Behörden durch die systematische Verhinderung und durch die Auflösung der deutschen Sicherheitsorgane eine Bewachung unmöglich gemacht worden war. Selbst wenn, was bisher nicht einwandfrei erwiesen ist, ein Attentat vorliegen würde, kann die deutsche Regierung keinesfalls für die Folgen haftbar gemacht werden. Das Vorgehen der Rheinlandskommission entbehrt daher eines jeden Rechtmittels.

Gelken für die Sicherheit der Züge.

Glöbeck, 9. Juli. (Wolff.) Laut Verfügung der Ortskommandeur müssen sich 48 hiesige Bürger als Geisel stellen, die auf den Zügen von Glöbeck nach Oberhausen als Sicherung gegen Attentate mitgeführt werden.

17 Milliarden Mark beschlagnahmt.

Düsseldorf, 8. Juli. (Havas.) Die Okkupationsbehörden beschlagnahmten 17 Milliarden Mark, die für die streikenden Eisenbahner bestimmt waren.

Französische Demagogie.

Annahme des Washingtoner Abkommens über die Beschränkung der Rüstungen zur See. **Paris, 8. Juli.** Die Kammer hat das Washingtoner Abkommen vom 6. Februar 1922 über

die Beschränkung der Rüstungen zur See mit 480 gegen 106 Stimmen ratifiziert. — In der Kammerdebatte über die Ratifizierung des Washingtoner Abrüstungsabkommens hob der Referent Guernier hervor, daß es sich nicht darum handle, die französische Seemacht in Zukunft unter allen Umständen im Verhältnis zu den anderen Staaten einzuschränken. Der gewesene Ministerpräsident Briand, der ebenfalls in die Debatte eingriff, erklärte, daß es zu einem Abkommen zwischen den besiedelten alliierten Staaten gekommen sei und fügte hinzu: „Sollte sich die Situation ändern, ist es selbstverständlich, daß wir uns volle Handelsfreiheit vorbehalten würden.“ Poincare betont insbesondere, daß die Regierung vollkommen mit der Briand'schen Auslegung des Washingtoner Abkommens übereinstimmt. Der Briand Briand an Hughes gebe dem französischen Standpunkte klaren Ausdruck. „Es ist sicher“, sagte Poincare hinzu, „daß wir keinerlei definitive Abkommen bezüglich unserer maritimen Rüstungen unterzeichnet haben.“

Protelle der deutschen Regierung.

Berlin, 9. Juli. (Wolff.) Die Botschafter in London und Rom sind angewiesen worden, bei der britischen und italienischen Regierung wegen der unerträglichen Schwierigkeiten und ersten Gefahren vorstellungen zu erheben, die sich aus der von den Franzosen und Belgiern verhängten Grenzsperrung, zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiete ergeben. Dabei wird namentlich betont, daß durch die Unterbindung jeder Verkehrsmöglichkeit die rheinischen Abgeordneten an der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Funktionen verhindert sind, sowie daß der Reichstagsabgeordnete Mast aus Duisburg unter Richtsichtigung seiner Immunität als Geisel festgehalten worden ist.

Die Reichsregierung hat ferner ihre Botschafter in London und Rom angewiesen, mit allem Nachdruck die Todesurteile zur Sprache zu bringen, die am 29. Juni von dem französischen Kriegsgericht in Mainz wegen angeblicher Eisenbahnsabotage gegen sieben Deutsche ergangen sind. Weitere geeignete Schritte sind auch an anderen Stellen unternommen worden, um die Vollstreckung des Urteils zu verhüten.

Französische Ersatzwahlen.

Paris, 9. Juli. Im Departement Seine et Oise wurde gestern bei einer Nachwahl für zwei verstorbene Abgeordnete die Radikalsozialisten Franklin Bouillon und Gouss mit rund 77.000 Stimmen gegen die beiden Kommunisten gewählt, von denen der eine 54.000 und der andere 52.000 Stimmen erlangte. Die Rechtsrepublikaner, die sich um die beiden Wahlkreise beworben hatten, haben zugunsten der Radikalsozialisten ihre Kandidaturen zurückgezogen. Die Sozialdemokraten hatten eine Parole zugunsten der Kommunisten ausgegeben. — Bei einer Ersatzwahl in den Senat auf Corsika wurde der zur republikanischen Partei gehörige Parfümerieindustrielle Coth gewählt. Coth ist Hauptaktionär des „Figaro“ und hat vor einiger Zeit mit seinen drei Söhnen gezeichneten „Figaro“-Artikeln gegen den Präsidenten der Republik Millerand großes Aufsehen erregt. — Gelegentlich der Wahl Coths auf Corsika kam es, wie die „Montagspost“ meldet, in Ajaccio zu Freudenstuhelungen, wobei von einem der Freudenstuhel eigentümlicherweise ein Hauptanbänger der Gegenkandidaten Durazze durch einen Schuß in den Hals getötet wurde.

Zusammenstöße mit „Frontkämpfern“ in Wien.

Wien, 8. Juli. (H. A.) Wie die Polizeikorrepondenz meldet, kam es heute im 20. Bezirk zwischen einer Gruppe von 50 Frontkämpfern, die an der Weiße einer Kirchenglocke teilgenommen hatten, und Sozialdemokraten zu Zusammenstößen. Die Frontkämpfer wurden an mehreren Stellen von den Sozialdemokraten angegriffen. Die Sicherheitswachleute, welche sich immer wieder bemühten, die beiden Parteien zu trennen, wurden mit Steinen beworfen. Die Sicherheitswache mußte zum persönlichen Schutz von der Waffe Gebrauch machen und stellte die Ordnung wieder her. Im Laufe der Demonstration wurde eine große Anzahl von Personen, zumeist Frontkämpfer, durch Stockhiebe und Steinwürfe verletzt. Auch 21 Polizeivorgane erlitten Verletzungen.

Hierzu wird uns aus Wien gemeldet: Obwohl die Frontkämpfer aus ganz Wien zu der kirchlichen Feier in den Arbeiterbezirk zusammenberufen worden waren, was von den Arbeitern als Herausforderung angesehen werden mußte, ist die kirchliche Feier selbst ohne jede Störung verlaufen. Die Zusammenstöße ergaben sich erst nach der Feier, als die Frontkämpfer in militärischem Aufzuge und in Uniformen aufmarschierten. Dabei wurden sie von den Arbeitern mit Pfuirschen begrüßt, namentlich, als sie die Volkshymne (!) und andere monarchistische Lieder sangen. Zu Zusammenstößen kam es dann, als ein Frontkämpfer einen Revolver zog und damit herum hantierte. Dieser Frontkämpfer wurde verprügelt und der Revolver wurde ihm entzogen. Die Wache, die unter Führung einiger im Bezirk als Salenkrenzler bekannter Offiziere stand, ging daraufhin gegen die Arbeiter vor. Die Frontkämpfer fühlten, daß sie unter dem Schutze der Wache standen und gingen nun gleichfalls gegen die Arbeiter los. Daraufhin wurden von den Arbeitern Steine gewor-

fen, wobei eine Anzahl von Personen verletzt wurde. Die Rettungsgesellschaft hat insgesamt 13 Wachen und sieben anderen Personen Verbände angelegt. Sämtliche Verletzungen sind nur leicht.

In Belgrad wird man wieder einmal unruhig.

Belgrad, 8. Juli. Die Nachrichten über eine Verschärfung der Beziehungen zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits beginnen nunmehr auch in hiesigen Kreisen ein lebhaftes Interesse zu erwecken. Hierzu gefügt sich noch der Umstand, daß auch aus Rom Berichte über die angebliche Vorbereitung eines neuen faszistischen Putschs in Ägypten einlaufen.

Nach Meldungen aus Südserbien sind an der bulgarischen Grenze bereits mehrere bulgarische Bänder aufgetaucht. An drei Orten kam es bereits zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen diesen Bänden und serbischen Grenzwachposten.

Alle diese Erscheinungen deuten auf eine gewisse Unruhe in der internationalen Lage hin, weshalb man großen Wert auf die bevorstehende Konferenz der Kleinen Entente in Sinaia legt. Man erwartet, daß diese Zusammenkunft nicht nur Gelegenheit zu einer eingehenden Erörterung aller die Kleine Entente berührenden internationalen Fragen, sondern auch zu bestimmten Abmachungen hinsichtlich der von der Kleinen Entente einzunehmenden Haltung gegenüber den wichtigsten Problemen der europäischen Politik geben wird.

Erneuerung des jugoslawisch-rumänischen Defensivbündnisses.

Belgrad, 9. Juli. (Nivala.) Das in Belgrad am 7. Juli 1921 zwischen Rumänien und dem Königreich S. S. abgeschlossene Defensivbündnis gegen einen nicht herausgeführten Angriff seitens Ungarns oder Bulgariens ist auf drei Jahre erneuert worden. Das Abkommensprotokoll ist gestern vom rumänischen Außenminister Duca und dem Vertreter des Königreichs S. S. unterzeichnet worden. Außenminister Duca und der jugoslawische Außenminister Rindić haben aus diesem Anlaß Glückwünsche despektens ausgetauscht, welche betonen, daß das Bündnis eines der Abkommen sei, welche die Grundlagen der Kleinen Entente bilden.

Leuerungsunruhen.

Berlin, 9. Juli. In dem Vororte von Potsdam-Nowawes, kam es heute vormittag zu Lebensmittelunruhen. Erregt über die hohen Preise auf dem Wochenmarkt stürmte das Publikum einige Warenstände und zwang die Standinhaber, vielfach die Lebensmittel zum halben Preis abzugeben. Einige Verkäufer wurden auch mißhandelt. Die wenigen anwesenden Polizisten waren machtlos. Erst aus Potsdam zur Verstärkung herbeigerufenen 200 Polizisten konnten den Kravallen ein Ende machen.

Berhandlungen. — Noch keine Einigung

Berlin, 9. Juli. (Eigenbericht.) Heute haben im Reichsarbeitsministerium die Einigungsverhandlungen zur Beilegung des Metallarbeiterstreikes begonnen. Die Vertreter der Unternehmer schlugen vor, daß jede Woche von Unternehmern und Arbeitern ein Lebensmittelindex, der geheim zu halten sei, errechnet werden solle, auf Grund dessen die Löhne festzusetzen wären. Ob dieser Vorschlag die Grundlage einer Einigung bilden kann, steht noch nicht fest. Bis zur Stunde ist ein Ergebnis noch nicht erzielt worden.

Die Landtagswahlen in Mecklenburg.

Berlin, 9. Juli. Die gestrigen Landtagswahlen in Mecklenburg, die mit großer Spannung erwartet wurden, haben den radikalen Parteien auf der äußersten Rechten und der äußersten Linken großen Zuwachs gebracht. Von insgesamt 53.487 abgegebenen Stimmen haben die Deutschen 12.915, die Deutschvölkische Freiheitspartei 5678 und die Deutsche Volkspartei 2973 Stimmen erhalten, während bei den letzten Wahlen auf sämtliche Rechtsparteien nur 14.222 Stimmen entfielen. Die Kommunisten erhielten 10.853 gegen 2255 Stimmen bei den vorigen Wahlen, die Sozialdemokraten 12.148 gegenüber 23.000 Stimmen. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, die aus den demokratischen Gruppen besteht, konnte nur 7727 Stimmen auf sich vereinigen, während sie bei den vorigen Wahlen über 14.000 Stimmen zählte.

Der neue polnische Gesandte.

Warschau, 9. Juli. Wie verlautet, soll zum polnischen Gesandten in Prag Stanislaw Grabki ernannt werden.

Stanislaw Grabki ist ein hervorragendes Mitglied der nationaldemokratischen Partei und war seinerzeit Abgeordneter. Vor einigen Monaten verzichtete Grabki auf sein Abgeordnetenmandat und leitete gegenwärtig in Lemberg erscheinende Organ der Nationaldemokraten „Nowo Polsku“. St. Grabki war seinerzeit auch Vorsitzender der polnischen Delegation bei den tschechoslowakisch-polnischen Verhandlungen betreffend des Teschener Gebietes.

Vor dem Ausstand in der Glasindustrie des Erzgebirges.

Unannehmbare Lohnabbauforderungen der Unternehmer.

Tannwald, 9. Juli. (Eigenbericht.) Zusammentritt der Paritätskommission. Diese Kommission verlangt eine 15 prozentige Lohnkürzung und der Entlohnung für geleistete Ueberzeit. Eine Einigung konnte innerhalb der Paritätskommission nicht erzielt werden, da die Besitzer der Arbeiter-schaft die Verantwortung für die von den Unternehmern angeregten Verkürzungen nicht tragen konnten. Versammlungen der Arbeiterschaft lehnten jedoch zu Verhandlungen zur Vereinfachung der bestehenden Streitfragen bereit. Am 15. Juni verkündeten die Unternehmer, daß ab 1. Juli der Schichtlohn für Schichtarbeiter um 15 Prozent abgebaut und die Nichtlohnarbeiter für Glasmacher einer Kürzung unterzogen werden. Damit war zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiter den Lohnabbau hinzunehmen haben oder entlassen seien. Neuerliche Verhandlungen, die unter und im Beisein des Obergerichtspräsidenten Dr. Czerny stattfanden, führten zu keiner Einigung, weil die Unternehmer auf dem Lohnabbau beharrten. Nachmals wurde in Versammlungen die Frage von der Arbeiterschaft behandelt und wieder kam der einmütige Wille der Arbeiterschaft zum Ausdruck, unter Hinweis auf die andauernde Verteuerung der Lebenshaltung keinen Lohnabbau mehr zu dulden. Trotzdem wurde wiederum versucht, in Verhandlungen eine Lösung des Konfliktes zu finden. Zu zu diesem Zwecke angeregten Verhandlungen erschienen die Vertreter der Unternehmer nicht, sondern verlangten als Voraussetzung von Verhandlungen die Annahme des von ihnen diktierten Lohnabbaues durch die Arbeiterschaft.

Die Stimmung der Arbeiterschaft ist durch das Vorgehen der Unternehmer äußerst erregt; der Ausbruch des Streikes erscheint unvermeidlich und wird voraussichtlich in den Versammlungen, die heute Montag, den 9. d. M., im Erzgebirge tagen, beschloffen werden. Die Unternehmer tragen die schwere Verantwortung, durch ihr diktatorisches Vorgehen die Arbeiterschaft zu diesem für das ganze Industriegebiet von Tannwald und des Erzgebirges überhaupt äußerst schwerwiegenden Schritte getrieben zu haben.

Tages-Neuigkeiten.

Ein Paar Inypathische Deutschböhmern.

„Baterländische“ Porträts aus Bayern.

Im Zusammenhang mit dem Münchener Fremdenord an Paup wurden auch die Brüder Berger, geborene Deutschböhmern, verhaftet, die im Hochverratsprozeß Fuchs-Wachhaus eine Rolle gespielt haben. Hans Berger gehört zu den Angeklagten wegen Beihilfe zum Hochverrat. Beide Brüder sind Gründungsmitglieder und Hauptangehörige des Blücher-Bundes und entwickelten als solche eine große Aktivität. Hans Berger, der ältere der beiden Brüder, ist der Leiter und militärische Führer der Kreisstelle München des Bundes und war nach den Ergebnissen des Prozesses einer der Haupttreiber für ein baldiges Losschlagen. Deshalb stand er auch bei Anstands in besonderer Gunst.

Wenn man „baterländische“ Porträts aus Bayern zeichnet, darf man einen gewissen Joseph Stolzing nicht vergessen. Herr Stolzing ist Redakteur des radauantifeminitischen „Völkischen Beobachters“ und ständiger Münchener Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“. Er gebärdet sich höchst national und ist Spezialist in der Bekämpfung des „marxistischen Terrors“. In einem deutsch-österreichischen Blatt veröffentlichte er kürzlich einen Artikel, in dem man folgende Stelle findet:

„Was nun? Der stille Widerstand im Ruhrgebiet geht weiter; Eisenbahndämme und Brücken fliegen in die Luft, Franzosen und Belgier werden fast gemacht. Hätten wir in Berlin eine nationalbewusste Regierung, dann würde sie eine zielbewußt arbeitende Germania irreverente großartig organisieren und den Kleinkrieg auch mit bewaffneten Bänden eröffnen. Die französischen und belgischen Soldaten haben ohnehin das Gefühl, in einer Hölle zu leben, deren ganze Schrecken jeden Augenblick losbrechen können, und wenn einmal die Gewehre losknallen sollten, dann möchten wir sehen, wie es das wässrige Bad mit der Angst zu tun bekäme.“

Aber Gino sitzt in Berlin als Gefangener des Marxismus. Es ist ein Bild der Fleisch und Bein gewordenen „passiven Resistenz“, die sich nicht zu einer Politik der Tat aufzuschwingen vermag, weil es die schwarzrotgelben Oberbänken nicht erlauben.“

Die Frechheit des Herrn Stolzing zwingt uns, ein wenig in die Vergangenheit dieses „deutsches Volk“ Helben hineinzuschleudern. Es gab eine Zeit, in der er dem deutschfeindlichen österreichischen Politiker Graf Thun seine Unterstützung angedeihen ließ. Damals hieß er bereits Stolzing. In der Mitte der neunziger Jahre, als er noch Joseph Czerny aus Böhmen hieß, war er an dem Antisemitentblattchen „Deutsches Volksrecht“ tätig. Als er mit der Leitung dieses Organes in Differenzen geriet, wandte er sich an das „Kleine Journal“ des Juden Leipzig, um dort „Entüllungen“ über die Zustände bei den Antisemiten anzubringen. Die Folge davon war eine Tracht Prügel mit der Hundepeitsche und einige Drohungen, die den wackeren Czerny-Stolzing veranlaßten, den Verein zur Abwehr des Antisemitismus mit einer Zuchtschrift zu beglücken, in der es hieß:

„Durch den Kampf ums Dasein gezwungen, hatte ich im Juli d. J. die Stellung eines Redakteurs beim „Deutsches Volksrecht“ angenommen, d. h. ich war mehr als Korrekter, denn als Redakteur beschäftigt. Reichstagsabgeordneter Dr. Bodel hatte mich engagiert, und es war ihm auch bekannt, daß ich mich von jeder antisemitischen Partei losgesagt hatte. Ich erklärte ihm, was er mir auch beschäftigen wird,

zu wiederholten Malen, kein Antisemit zu sein. Auch Bodel wußte es, und wenn er mir jetzt das Epitheton eines Judas Ischariot beilegt, so ist das lächerlich. Denn wie konnte ich durch die Veröffentlichung jenes Artikels im „Kleinen Journal“ einen Verrat an der Antisemitischen Partei begehen, der ich weder als Parteimitglied noch meiner Gesinnung nach angehöre.“

Nun, heute ist dieser Herr Joseph Czerny-Stolzing „baterländisch“ gefürmt, Redakteur des „Völkischen Beobachters“ und Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“. Die Völkischen wissen offenkundig, woher sie ihr Menschenmaterial zu nehmen haben.

Genosse Wilhelm Ellenbogen — ein Sechziger. Die Nachricht unseres Wiener Bruderblattes, daß Genosse Ellenbogen dieser Tage seinen sechzigsten Geburtstag feiert, kommt uns etwas überraschend: als wir ihn vor etwa zwei Jahren das letzte Mal — wir hoffen, daß es noch lange, lange nicht das letzte Mal war — bei uns in Deutschböhmen begrüßte, da sahen wir den alten jungen Ellenbogen vor uns; wir hörten seine jugendlich-keusche Rede, wir lauschten seinem lebendigen Geist, seinem sprühenden Wit und wir vernahmen, wie sich die Gegner unter den schonungslosen, kräftigen Hieben seiner Rhetorik krümmten — nicht die leiseste Veränderung zwischen dem Ellenbogen von einst, da er auch der unsere noch war — und dem Ellenbogen von heute war zu bemerken: Und wenn nun der Rastender behauptet, daß Genosse Ellenbogen jetzt die Sechzig überschreitet, wissen wir doch, daß Ellenbogen, der glänzende Redner, der gewiegte Parlamentarier, der tiefgründige Theoretiker und gedankenreiche, klare Schriftsteller jung geblieben ist, daß er als Sechziger und Siebziger mit der gleichen Kraft weiterarbeiten, weiterkämpfen wird in den vordersten Reihen des österreichischen Proletariats, als hunderte Male bewährter Wortführer des sozialistischen Gedankens. Wir beglückwünschten ihn zu seinem Ehrentage und hoffen, daß er sich noch viele, viele Jahre der schönen Welt, die wir mit ihm erobern wollen, der Schönheit der Natur und Kunst, die ihm so sehr am Herzen liegen, erfreuen möge.

Das alte Oesterreich. In der tschechischen Zeitschrift „Bar“ lesen wir folgende feintironische Glosse: „Bei uns hat sich die Redeweise eingebürgert: das war zur Zeit des alten Oesterreich. Das hat doch nur einen Sinn, wenn wir es vom neuen Oesterreich unterscheiden. Wo aber ist dieses neue Oesterreich? Die österreichische Republik ist es nicht, denn so reden wir nur, wenn es um unsere Sache, unsere Verhältnisse geht. Wo also ist dieses unsere neue Oesterreich?“ — Die Antwortung dieser rhetorischen Frage kann man jenen objektiven Wahrheitssuchern überlassen, die sich in der „höheren Schweiz“ so sehr wohl fühlen.

Von den tschechischen Faschisten. Die Vertreter der Zentrale der tschechischen „Nationalen Bewegung“ hielten gemeinsam mit den Vertretern der tschechischen Faschisten-Nationalisten eine Sitzung in Prazau ab, in der „eine Einigung über die gemeinsamen Punkte des Arbeitsprogramms“ und der Taktik erzielt wurde. Ferner wurden „die Grundlagen der gemeinsamen Organisation“ beraten. — Es soll eine gewaltige Strigerung des Bierkonsums am Beratungslokal in Prazau zu verzeichnen gewesen sein.

Ein Inypathischer Bürgermeister. In einer der letzten Stadterweiterungsitzungen von Bischofteinitz stellte die sozialdemokratische Gemeindefraktion das Ersuchen auf dringliche Behandlung eines Antrages, der die Weiterbelassung eines 69jährigen Försters in Gemeindefunktionen zum Inhalte hatte. Der Bürgermeister von Bischofteinitz, Anton Medel, gab diesem Ersuchen unserer Gemeindefraktion nicht statt, sondern erlaubte sich sogar unserer Fraktion gegen-

über folgende Beleidigung: „Sie arbeiten mit erlaubten und unerlaubten Mitteln, sie terrorisieren die Vertretung!“ Unsere Gemeindefraktion hat davon abgesehen, gegen Medel die Klage zu erheben, da er nur zu einer kleinen Geldstrafe verurteilt werden könnte, was für die Mitglieder der Fraktion durchaus keine Genugtuung wäre. Unsere Fraktion, die 610 von 1569 gültigen Stimmen vertritt, hat vielmehr beschlossen, dieses unkorrekte und probokatorische Vorgehen des bürgerlichen Bürgermeisters von Bischofteinitz öffentlich in der Presse an den Pranger zu stellen. Die Arbeiterschaft von Bischofteinitz und Umgebung wird dem Herrn Medel bei den kommenden Gemeindevahlen sein Vorgehen wieder in Erinnerung bringen.

Ein Genesungshaus für die Arbeiter und Angestellten der Porzellanindustrie. In der letzten Sitzung des Wirtschaftsverbandes der Porzellanindustrie wurde der Beschluß gefaßt, das Bad Sangerberg bei Marienbad anzukaufsen und dort ein Genesungshaus für Arbeiter und Angestellte der Porzellanindustrie zu errichten. Zu dem Kaufe ist noch die Zustimmung des Handelsministeriums erforderlich. Für die Zwecke des Genesungshauses wurde schon seit Jahren ein Betrag von einer Million bereitgestellt, so daß jetzt, wenn es zum Ankaufe des Bades Sangerberg kommt, der Errichtung eines Genesungshauses nichts mehr im Wege steht. Bad Sangerberg ist in einer Seehöhe von 720 Metern inmitten prächtiger Fichtennäuelungen gelegen.

Neuerdings eine Eisenbahnkatastrophe in Rumänien. In Bintileanca hat sich eine Eisenbahnkatastrophe zugetragen, die größte, die es in Rumänien bisher gegeben hat. Ein Personenzug, der so überfüllt war, daß viele Reisende die Trittbretter, die Buffer und die Dächer besetzt hatten, ist in einen Güterzug hineingefahren. Der Anstoß war ein schrecklicher; die Wagen drückten sich ineinander, drei wurden völlig zerstört. In den ersten Stunden wurden achtundsiebzig Tote und mehr als zweihundert Schwerverwundete gezählt. Doch sollen der Toten viel mehr sein, von den Schwerverwundeten dürften viele ihren Verletzungen erliegen. Unmittelbar nach der Katastrophe herrschte eine solche Erregung unter den unversehr gebliebenen Reisenden, daß sie das Eisenbahnpersonal im Bahnhof von Bintileanca lynchen wollten. Die Beamten konnten sich nur durch die Flucht retten. Der Hauptschuldige an der Katastrophe ist der Weichensteller Ion Paun, der dem Personenzug das Zeichen für freie Fahrt gab, obwohl das Geleise durch den Güterzug besetzt war. Dem Lokomotivführer, der wie durch ein Wunder unverletzt geblieben ist, wird vorgeworfen, daß er mit vorschriftswidriger Geschwindigkeit in die Station einfuhr. Der Lokomotivführer wurde verhaftet, der Weichensteller ist verschwunden, Bezeichnend für die Wirtschaft auf den rumänischen Bahnen ist, daß zur Zeit der Katastrophe sowohl der Stationschef von Bintileanca als auch sein Stellvertreter abwesend waren. Der Stationschef fuhr in dem verunglückten Zug und ist schwer verletzt. Die wahren Schuldigen sitzen in der „liberalen“ Regierung, mit der Rumänien heimgekehrt ist. Sie zahlt den Angestellten Hungerlöhne, läßt unerfahrene Leute den verantwortungsvollen Dienst versehen und spart mit Waggons. Tatsächlich solat, leit die Liberalen am Ruder sind, Katastrophe auf Katastrophe. Den Anjaug machte der Brückeneinsturz bei Comanic, dann folgten die Zugzusammenstöße während der Krönungsfestlichkeiten, erst jüngst gab es eine schreckliche Eisenbahnkatastrophe bei Drobeta mare. Durch ihren Beschluß, eine strenge Untersuchung einzuleiten, die Begräbniskosten aus Staatsmitteln zu bezahlen, wird sich die erregte Bevölkerung ebensowenig beruhigen, als durch die Ministerbesuche bei den Verletzten in den Spitälern.

Nürnberg ohne Zeitungen. Aus Nürnberg meldet Wolff vom 9. Juli: Wegen des Verbotes der hier erscheinenden „Frankischen Tagespost“ trat das Personal der Nürnberger Zeitungen in einen Proteststreik. Mit Ausnahme des Zentrumsblattes „Bayrische Volkszeitung“ erschienen heute keine Nürnberger Zeitungen.

Bevorstehende Begnadigung Marins. Eine Reihe der französischen Regierung nahesteher Blätter stellen, wie aus Paris gemeldet wird, in bestimmter Form in Aussicht, daß der Marineingenieur Marin, der wegen Teilnahme an der Menterei der Schwarzen Meerflotte zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden ist und in den französischen Wahlen eine große Rolle gespielt hat, zum 14. Juli, am Tage des französischen Nationalfestes, begnadigt werden wird. Unter denen, die noch der allgemeinen Amnestie teilhaftig werden sollen, befindet sich unter anderen auch der Camelot du roi Charles Maurras, der bekannte royalistische Schriftsteller, der zu drei Monaten Gefängnis verurteilt war.

Der vorgestrige Sonntag war der erste wahre Sonntag dieses Sommers. Die Wetterpropheten hatten wieder einmal ihre Magdeburger Unschärfe bewährt: obzwar die Vorbedingungen für den angezeigten Regen, nämlich die sommerliche Schwüle und die stickige Luft gegeben waren, blieb der Regen aus. Die Stadt selbst war menschenleer und nur hier und da sah man einige Passanten über die ausgestorbenen Straßen irren und irgend einen Kaffeegarten aufsuchen. Er schien, als ob auch die Bogen der elektrischen Straßenbahn müde wären, so langsam schlichen sie leer durch die leeren Straßen. Dafür war es draußen in der Umgebung von Prag umso belebter. Die Sonntagszüge leuchten menschenbeladen und bis auf das letzte Maß gefüllt hinaus und die Leiden der Ausflügler,

bevor sie ein grünes Plätzchen Wald erreichten, waren groß. Auf den Reis der Moldau standen in langen Fronten die Luft-, Sonne- und Lichtverhörer. Ein Dampfschiff nach dem anderen fuhr moldaufwärts. An dem Ufer der Moldau selbst herrschte ein hochsommerliches Treiben. Die Ufer leuchteten von roten und blauen Bodenkostümen, von weißen und sonnenverbrannten Leibern. Am Ufer selbst marschierten die Abteilungen der Wasser-, Sonne- und Luftanbeter. Erst spät abends, als die Duesilberfäden der Schwimmschaltarmometer wieder zu fallen begannen, nahm langsam die Lebendigkeit der Moldauufer ab. Mitternacht leuchteten die Großstädter in die Stadt zurück, bis tief um Mitternacht herrschte auf den Bahnhöfen ein reges Leben. Viele der Heimkehrenden werden wohl an diesen Sonntag noch eine Zeitlang zurückdenken: ihre verbrannten Hüften werden sie daran erinnern.

Todesurteile gegen Griechen in Konstantinopel. Das Militärgericht in Konstantinopel verurteilte 17 Männer, die die Griechen bei der Verfolgung der Türken in Bafios unterstützten, zum Tode. Die Hinrichtung wird am 12. d. M. vollzogen.

Fledtrophus in Encoban bei Leitmeritz. Nach einer amtlichen Untersuchung wurden unter den slowakischen Arbeitern des Großgrundbesitzes in Encoban bei Leitmeritz sieben Fälle von Fledtrophus festgestellt. Von diesen sind vier Kranke (drei Frauen und ein Kind) bereits genesen, drei Frauen befinden sich bisher noch in Leitmeritz in Isolierung. Diese Arbeiter waren aus der Slowakei und aus Waag-Strien eingetroffen. Die notwendigen Schutzmaßnahmen wurden getroffen.

Großes Automobilunglück. Bei Traiskirchen bei Baden in Niederösterreich stieß ein Automobil mit Wiener Ausflügler mit riesiger Buch an einen Pfeiler und stürzte in den Straßengraben. Dem Chauffeur drang der Wollant in den Leib, daß er auf der Stelle tot war. Von den übrigen Insassen wurden drei Personen schwer verletzt. Ebenfalls bei Traiskirchen geriet ein Radfahrer unter ein Automobil und wurde getötet.

Schnellzug-unglück in England. Zwischen Leeds und Manchester stieß ein Schnellzug in voller Fahrt beim Bennie Tunnel auf eine haltende Maschine. Beide Maschinen wurden zerstört und zwei Wagen schwer beschädigt. Vier Fahrgäste und zwei Eisenbahner wurden getötet und sieben Personen schwer verletzt.

Die Schwärmer Mörder in Thüringen verhaftet. Die Teplicher Gendarmerie erhielt aus Gera in Thüringen die Verständigung, daß dort die mutmaßlichen Mörder des Schwärmer Ostwirtes Bradausch verhaftet wurden. Die Mörder wurden festgenommen, weil sie in der Gegend von Gera einige Diebereien begingen. Als sie dann dem Gerichte eingeliefert worden waren, erkannte man während der Untersuchung ihre Ähnlichkeit mit den in einem Stadtbrief verfolgten Schwärmer Mördern. Zwar konnte noch nicht genau festgestellt werden, ob sie die tatsächlichen Mörder sind, doch stimmen ihre Personalien mit denen der Mörder ziemlich überein. Die weiteren Nachforschungen werden vorläufig fortgesetzt. Die in Gera verhafteten Personen sind der am 23. Juni 1921 in Würzburg geborene Hermann Gustav Ernst Teichmann, der von Beruf Maurer ist, und der sich als Dienstknecht bezeichnende Willi Ernst Teichmann, der am 19. Dezember 1904 ebenfalls in Würzburg geboren ist. Es wird vermutet, daß die angegebenen Namen nur Decknamen sind. Das Teplicher Gendarmeriekommando verhandelt bereits wegen der Auslieferung der beiden Mörder. Da die Teichmanns bis zur Verübung der Tat und auch bei ihrer Verhaftung arbeitslos waren, liegt die Vermutung nahe, daß sie die Mordtat aus Not begangen haben.

Wegen Stellenlosigkeit Selbstmord verübt. In der Nähe der Bahnstrecke bei Proschwitz hat der Buchhalter Leopold Murray aus Mährisch-Schönberg, der in Maffersdorf wohnt, Selbstmord durch Erhängen verübt. Murray, der 43 Jahre alt ist, wurde infolge Stellenlosigkeit zum Selbstmord getrieben.

Grauenvoller Artistenunfall. Im Zirkus Kaudoky trat in der letzten Zeit ein Chinese auf, der sich mit seinem Kopf an einem Drahtseil zum Boden der Arena hinunter gleiten ließ. Dieser Chinese ist nun, wie aus Budweis gemeldet wird, seinem Artistentum zum Opfer gefallen. Bei einer Kunstvorstellung (!) wurde ihm der Kopf samt der Kopfhaut abgerissen. Der grauenvoll verletzte Artist wurde in schwerverlettem Zustande ins Krankenhaus gebracht. Der Chinese, der sich auf so gefährliche Weise sein tägliches Brot verdienen mußte, wird falls er von seiner Verletzung geneset, als kalterterter Artipel das Schicksal der „unbrauchbar“ gewordenen Artisten teilen. Wenn sie keine Sensation mehr bringen können, müssen sie verhungern.

Tod im Bergwerk. Auf dem Schachte „Amalia II“ in Briesen bei Bräx wurde der Bergarbeiter Thomas Czerny durch herabfallende Kohlenmassen verflücht. Er konnte nurmehr als Leiche geborgen werden.

Tragischer Tod. Wie aus Groß-Schönau gemeldet wird, stürzte dort die 18jährige Tochter des Oberpostsekretärs Siegenberg vom Balkon des Wohnhauses herab und brach sich das Genick. Das Mädchen sollte sich demnächst verloben.

Von einem Kohlenwagen gerädert. In Bodanach wurde der Eisenbahner Josef Bartisch auf dem Wege zu seiner Dienststätte auf dem Zahnrad von einem Kohlenwagen erfaßt und unter die Räder geschleudert. Bartisch ist seinen Verletzungen — Abtrennung des linken Beines — im Tet-

schener Krankenhause bald nach der Einlieferung erlegen. Der Verunglückte stand im 56. Lebensjahre.

Beim Baden ertrunken. Samstag abends badeten in der Moldau nächst dem Dofengebäude bei der ehemaligen Kaiserwiese in Prag drei Arbeiterinnen, die 17jährige Helene und die 18jährige Josefa Zecel, sowie die 18jährige Josefa Novoposty aus Michle, indem sie sich an den Händen hielten. Josefa Zecel fiel plötzlich in die Tiefe und riß die beiden anderen mit, so daß alle drei in Ertrinkungsgefahr gerieten. Einige Männer eilten rasch zur Hilfe und zogen die Novoposty und Helene Zecel heraus und brachten beide zum Bewußtsein. Die Ältere Schwester der Verunglückten, Josefa Zecel, die unter dem Wasserpiegel verschwand war, wurde erst später als Leiche herausgezogen.

Der längste Tunnel in der Tschechoslowakei. Sonntag wurde der Bau des ersten Tunnels seit Bestand der Tschechoslowakischen Republik auf der Strecke Wessely an der Mach-Neustadt an der Waag in feierlicher Weise eröffnet. Der Tunnel wird der längste in der Tschechoslowakei sein.

Eine Flugzeuglandung „Unter den Linden“. Aus Berlin wird berichtet: Sonntag landete um halb 6 Uhr früh ein Flugzeug „Unter den Linden“ gegenüber der Neuen Wache. Der Führer gab an, daß ihn ein Motordefekt zum Landen genötigt habe. Wertwürdigerweise waren aber schon eine Viertelstunde vorher von Passanten Kinospektatoren wahrgenommen worden, so daß der Verdacht besteht, daß der Führer des Flugzeuges, Rab, die Koflandung auf Veranlassung einer Berliner Filmgesellschaft veranlaßt hat. Das Flugzeug wurde daraufhin vorläufig beschlagnahmt.

Gerichtssaal.

Nach dem Buchstaben des Gesetzes.

Vor dem Landgericht in Baunzen hatte sich dieser Tage der Grubenarbeiter Josef Vogel aus Neubüffel in Böhmen wegen Schmuggels zu verantworten. Vogel war am 11. Mai von einem Zollbeamten in Langburkersdorf dabei betreten worden, wie er 60 Eier, zwei Pfund Mehl, sechs Pfund Margarine, sechs Pfund Schweinefett und einige Stücke Kernseife über die Grenze bringen wollte. Vogel arbeitete nämlich im Senftenberger Kohlenrevier, da er infolge Arbeitslosigkeit im nordböhmischen Industriegebiet gezwungen war, seine Heimat zu verlassen, um in Deutschland Arbeit zu finden. Seine Familie, die in Neubüffel wohnt, besuchte er alle drei Wochen und brachte ihr immer Nahrungsmittel mit, da seine Frau für die Reichsmark, die er verdient, bei dem hohen Kronenstand in Böhmen natürlich sehr wenig oder gar nichts zu kaufen bekommt. Für dieses Herüberbringen der Lebensmittel besaß er aber keine Verforgungskarte, da nur die nordböhmischen Arbeiter im sächsischen Grenzbezirke diese erhalten können. Für Arbeiter aus Böhmen, die außerhalb des sächsischen Grenzbezirktes arbeiten, wird diese Verforgungskarte, auf Grund deren man Lebensmittel über die Grenze nehmen darf, nicht ausgestellt. Vogel nahm also die Lebensmittel auf eigene Verantwortung mit, und hatte sich daher auch wegen Schmuggels zu verantworten. Bei der Verhandlung erklärte Vogel, daß ihm jede gewinnbringende Schmuggelabfahrt ferngelegen sei und daß er nur für seine Familie die Lebensmittel herüberschmuggeln mußte, da diese von seinem Marktlöhne nicht habe leben können. Bei der Verhandlung wurde auch der Zollfahndung, der Vogel im Mai beim Schmuggeln verhaftet hatte, einvernommen. Dieser erklärte es als eine ungläubliche Härte der Bestimmungen, daß nur die böhmischen Arbeiter im Grenzbezirke eine Verforgungskarte erhalten können. Der Gerichtshof schloß sich dieser Anschauung an und verurteilte den Angeklagten zu der niedrigsten zulässigen Strafe von einem Monat Gefängnis und 50.000 Mark Geldstrafe. Der Gerichtshof aber erbot sich selbst, für Vogel beim sächsischen Justizministerium eine Bewährungsfrist zu beantragen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Ein Angriff auf das Entgelt nach § 1154 b.

Unternehmer und Gerichte gehen daran, die Arbeiterschutzesetze zu durchbrechen und versuchen es mit allerhand Auslegungen, wie nachstehender Fall zeigt. Glücklicherweise hat das Berufungsgericht in dem Urteil des Bezirksgerichtes aufgehoben, es scheint aber der Fall seitens der sächsischen Firma, resp. seitens der organisierten Industriellen noch nicht erledigt zu sein. Zu bemerken ist, daß das Bezirksgericht in Reutitschein nun schon einige Male sich die unsinnigsten Begründungen zurecht legt, wenn es sich um Ansprüche und Rechte der Arbeiter handelt. Wir werden nicht ermangeln, die Praktiken dieses Gerichtes etwas mehr zu beachten. Nachstehend kurz der Sachverhalt: Der Arbeiter H. war drei Wochen bei der Firma Dr. W., Futfabrik in Reutitschein, beschäftigt, als er am 27. Oktober 1921 infolge der Mobilisierung entlassen wurde. Nach beendeter Mobilisierung trat er am 21. November 1921 wieder seinen Dienst an und wurde am 21. Dezember 1922, also ein Jahr später, wegen Arbeitsmangel entlassen. Erst jetzt beanspruchte H. für sechs Tage anlässlich der Mobilisierung das Entgelt nach § 1154 b, was die Firma verweigerte. Die Klage des Arbeiters H. wurde nun am 3. März l. J. b. im Bezirksgerichte Reutitschein abgewiesen, „weil der Anspruch mit Rücksicht auf den § 1156 a. bgl. Ges.-B. bereits erloschen ist.“ In der farnosen Begründung des ersten Richters heißt es erst „das Gericht ist der Ansicht, daß dem Kläger ein Entgelt gemäß § 1154 b mit Rücksicht auf die oberstgerichtliche

Ulenar-Entscheidung zustehen würde“ — schließt sich dann aber vollkommen der Begründung der Beklagten an und führt aus:

„Der § 1156 b a. bgl. Ges.-B., dessen Ueberschrift „Erloschen des Anspruches“ lautet, begrenzt die zeitliche Wirkung des nach § 1154 b normierten Anspruches. Dies gewiß in der wirtschaftlichen Erwägung, um zu verhindern, daß plötzlich nach geraumer Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses der Arbeitnehmer mit seiner Entschädigungsforderung an den Arbeitgeber noch hervortritt. Hier war das Dienstverhältnis am 21. Dezember 1922 beendet und erst am 20. Jänner 1923 ist die Forderung auf Entgelt eingeklagt worden, die schon während des Wiedereintrittes im November 1921 bis Dezember 1922 hätte geltend gemacht werden können.“

Gegen diese Entscheidung wurde Berufung erhoben und wurde in der am 13. Juni l. J. beim Kreisgericht in Reutitschein stattgefundenen Verhandlung der Berufung stattgegeben. In den Entscheidungsgründen des Berufungsgerichtes heißt es wörtlich:

Unter Entlohnung im Sinne des § 1156 b a. b. Ges.-B., kann nur eine solche Entlohnung verstanden werden, welche in der Zeit erfolgt, für welche dem Dienstnehmer die im § 1154 b, 1156 a. b. Ges.-B. erwähnten Ansprüche gebühren. Voraussetzung der Anwendung des § 1156 b, a. b. Ges.-B. ist also, daß das Dienstverhältnis in dieser Zeit endigt. Im vorliegenden Fall ist aber — wie festgesetzt — in der Verhinderungszeit vom 27. Oktober bis 21. November 1921 und insbesondere in der ersten Woche dieses Zeitraumes vom 27. Oktober bis einschließlich 2. November 1921 eine Entlohnung des Klägers seitens der Beklagten überhaupt nicht erfolgt, sondern die Entlohnung erfolgte erst ein Jahr und einen Monat nach der Verhinderungszeit, das ist am 21. Dezember 1922, nachdem der Kläger wieder ein Jahr und einen Monat — das ist in der Zeit vom 21. November 1921 bis 21. Dezember 1922 — bei der Beklagten gearbeitet hat. Die Bestimmung des § 1156 b a. b. Ges.-B. kann also im vorliegenden Falle keine Anwendung finden und es kann daher von einem Erlöschen der der Beklagten nach § 1154 b a. b. Ges.-B., in der Fassung des Ges. vom 1. April 1921 Nr. 115 Zlg. d. Ges. u. dgl. gegenüber dem Kläger obliegenden Verpflichtung keine Rede sein und der Kläger hat daher gegen die Beklagte dieser gesetzlichen Bestimmung gemäß infolge seiner durch die Mobilisierung verursachten Arbeitsverhinderung, also eines wichtigen, seine Person betreffenden Arbeitsverhinderungsgrundes den Anspruch auf Entgelt in der Höhe eines höchstens einwöchigen Lohnes.

Der Sinn dieser gesetzlichen Bestimmung ist nun, daß dem Dienstnehmer höchstens noch eine Woche zu bezahlen ist, d. i. die an seine letzte Woche folgende nächste Woche, das ist die erste Woche und nicht die Durchschnittswoche. Im vorliegenden Falle ist dies die Woche vom 27. Oktober bis einschließlich 2. November 1921. Das Entgelt für diese Woche beträgt — wie festgesetzt wurde — 119 K 88 h, welchen Betrag also die Beklagte dem Kläger zu bezahlen verpflichtet ist.

Wir sehen an diesem Falle, daß die Unternehmer daran gehen, sich den Paragraphen 1156 bgl. Ges.-B. zurecht zu legen, um die Arbeiterschaft um das Entgelt zu bringen. Würde das Gericht den Paragraphen 1156 so auslegen wie es das Bezirksgericht Reutitschein getan, so käme die Arbeiterschaft um ihr Entgelt in den meisten Fällen, da noch in Beschäftigung stehende Arbeiter aus Furcht vor der Entlohnung, heute ohnedies sehr oft auf das Entgelt verzichten müssen und diesen Anspruch erst im Falle der Auflösung des Dienstverhältnisses geltend machen können. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, mehr denn je auf der Hut zu sein, soll nicht das geringe Recht ganz verloren gehen.

Der Zusammenbruch der tschechoslowakischen Handelspolitik

Der Zusammenbruch der tschechoslowakischen Handelspolitik wird nunmehr auch den Koalitionsparteien offenbar. Seitdem die tschechoslowakische Republik besteht, herrscht sowohl in der Finanz- als auch in der Handelspolitik des Staates der schrankenloseste Fiskalismus, das heißt, man suche die Finanz- und Handelspolitik so zu gestalten, daß der Staat große Einnahmen aus dem Währungschaos sowie den Zöllen zog, ohne die Interessen der Volkswirtschaft im Auge zu haben. Den tschechischen Koalitionsparteien beginnt nun angesichts der handelspolitischen Konstellate der Tschechoslowakei mit Belgien, Holland, Frankreich und der Schweiz bange zu werden. Das Montagblatt der tschechischen Nationalsozialisten schreibt darüber, daß die bisherige Handelspolitik „in ihrem Zusammenhang einen Schaden für die Volkswirtschaft bedeutet, einen Schaden für die Konsumenten und einen Gewinn nur für diejenigen, welche unter dem Mantel zäher Schutzzölle ihre Unfähigkeit als Unternehmer verbergen. Die Zölle auf Industrieartikel wurden für den Staat die Quelle zweifelhafter Einnahmen (den sie erflossen auf Kosten der gesunden Konkurrenz und erschwerten die Rückkehr in normale Verhältnisse) und für die Unternehmer eine Rente, welche man ganz gut die Rente der Unfähigkeit nennen könnte. Wie ein solcher „Schub“ aussieht, mögen einige Ziffern zeigen. Vor dem Kriege entfiel auf ein Meter Creton ein Zoll von etwa zehn Heller, das ist 20 Prozent des Wertes der Ware, heute 2.50 bis 3.— Kronen, das ist 50 bis 60 Prozent des Warenwertes. Für Jersey war vor dem Kriege der Zoll etwa 15 Heller pro Meter, heute vier Kronen, vor dem Kriege 18, heute 50 bis 60 Prozent des Warenwertes. Für Etamin betrug vor dem Kriege der Zoll 25 Heller pro Meter (zwei Prozent des Warenwertes), heute 13 Kronen, ungefähr 150 Prozent. Für Wolllwaren ist der Zoll 5mal, für Seide 55mal so groß, und so könnten wir Posten für Posten durchnehmen, und kämen zu dem Schluß,

daß unser Zolltarif nicht zum Nutzen der Industrie dient, sondern nur dazu, jede Konkurrenz des Auslandes bei uns zu unterbinden, damit die hohen Warenpreise nicht sinken, sondern möglichst hoch bleiben.“ Die Angriffe einer Koalitions-partei auf die Handelspolitik können niemandem imponieren, denn die tschechischen Nationalsozialisten haben es als Regierungspartei in der Hand, die Wirtschaftspolitik des Staates zu ändern. Dadurch, daß sie die Wirtschaftspolitik des Staates bisher kritiklos mitgemacht haben, und sich diese Wirtschaftspolitik von der Bourgeoisie einfach diktieren ließen, sind auch die sozialistischen Parteien mitschuldig an der schweren Krise, in der sich die Handelspolitik in der Tschechoslowakischen Republik befindet.

Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei. Um die Zahl der Arbeitslosen zu erfassen, wird eine doppelte Statistik geführt. Eine Statistik des Arbeitsmarktes, die aber erst für die letzten Monate des Jahres 1922 festgestellt ist, und eine Statistik der Zahl der Unterstützten, welche das Ministerium für soziale Fürsorge herausgibt. Für den Monat Juni betrug die Zahl der Unterstützten samt ihren Familienangehörigen 232.150, und zwar 168.300 direkt und 63.850 durch die Unternehmungen Unterstützte. Wie die Statistik des Arbeitsmarktes zeigt, ist die Zahl der wirklichen Arbeitslosen ungefähr doppelt so groß, wie die Zahl der Unterstützten, so daß die Zahl der Arbeitslosen im Monate Juni etwa 450.000 betragen hat. Noch immer gibt es also fast eine halbe Million Menschen in der Tschechoslowakei, die von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Die Kleinhandelspreise im Juni. Wie das statistische Staatsamt mitteilt, sind die Kleinhandelspreise im Juni abermals gestiegen. In der Gruppe I (Lebensmittel) betrug der Kleinhandelsindex im Mai 1922, im Juni jedoch 1922, in der Gruppe II (industrielle Gebrauchsgüter) im Mai 1015, im Juni 1017.

Die Krankenversicherung der Dienstmädchen. Der Verband der Krankenkassen in Prag macht, wie die Prager Presse schreibt — dem „Sozialdemokrat“ findet es der tschechische Verband mitzuteilen nicht notwendig — Personen, die Dienstmädchen beschäftigen, aufmerksam, daß die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes nur den individuellen Fall eines gewissen Herrn Scholle betrifft, der angab, daß das bei ihm beschäftigte Dienstmädchen keine Dienstperson ist, sondern eine Verwandte seiner Gattin. Personen, die Dienstmädchen beschäftigen, können dieselben bei den Krankenkassen nicht abmelden und unterziehen die Dienstmädchen auch weiterhin der pflichtgemäßen Krankenversicherung. Die Krankenkassen sind nicht verpflichtet, Abmeldungen von Dienstmädchen entgegenzunehmen, im Gegenteil, sie haben die Verpflichtung, gegen jede Abmeldung im Sinne des Gesetzes einzuschreiten.

Der Eisenbahnerstreik in Stanislan und Strij. hat neuerlich eine Verschärfung erfahren. Die streikenden Werkstättenarbeiter haben ein Ultimatum für die Annahme ihrer Forderungen bis zum 9. Juli gestellt.

Indergelalte im deutschen Bankgewerbe. Unter Vermittlung des deutschen Reichsarbeitsministeriums ist zwischen den deutschen Banken und ihren Angestellten eine Vereinbarung über die Zulibezüge der Bankangestellten zustande gekommen. Danach soll eine vorläufigliche Teuerung für Juli in Höhe von 37.5 Prozent durch fünffache Malbezüge abgegolten werden. Für den Fall, daß die Teuerung mehr als 37.5 Prozent ausmacht, gemessen an der letzten Wocheninbeziffer des Monats Juli gegenüber der letzten Juniwoche, so ist diese erhöhte Teuerung durch Nachzahlung abzugelten. Dieses Abkommen bedeutet, daß im deutschen Bankgewerbe eine Verbindung zwischen den Bezügen und dem Index hergestellt ist.

Die faszistische Schreckensherrschaft in Italien. In einem Bericht des Italienischen Textilarbeiterverbandes an das Internationale Textilarbeitersekretariat erhebt auch dieser Verband die bekannten Anklagen gegen die Schreckensherrschaft der Faschistenverbände. Der Briefwechsel des Verbandes mit den Zweigstellen wird an vielen Orten von den Faschisten überwacht und es ist keine Seltenheit, daß ein Arbeiter, der einen Brief von einem Gewerkschaftsangehörigen erhält, entlassen und aus dem Orte vertrieben wird. Während der Versuch der Unternehmer, den Achtstundentag in den industriellen Betrieben abzuschaffen, dank dem wenn auch nur passiven Widerstand der Arbeiter gescheitert ist, ist die Arbeitszeit in der Landwirtschaft unbeschränkt. Die Kosten des Lebensunterhaltes werden fortwährend erhöht, besonders, seitdem die Kaufleute nicht mehr die Konkurrenz der Genossenschaften zu fürchten brauchen. Die faszistische Gewerkschaftsbewegung ist die Organisation der Massen nach dem Kasernenystem. Ueber die Tätigkeit der faszistischen Gewerkschaftsführer kann weder berichtet noch abgemittelt werden. Sie unterschreiben eigenmächtig alle Verträge mit den Arbeitgebern. Die Gewerkschaftsbeiträge werden von den Arbeitgebern direkt den faszistischen Gewerkschaften übermietet. Trotz aller Verfolgungen ist der Kern der Mitglieder dem Verbands treu geblieben und legt sich große Opfer auf, um die Gewerkschaft und die Arbeiterpresse aufrecht zu erhalten. Die Schlussfolgerungen des Berichtes lauten: Man muß nie die Macht des Gegners unterschätzen, um stärker zu erscheinen als man wirklich ist. Wir haben gesehen, daß die Arbeiter von der Gefahr der Reaktion nicht überzeugt waren, bevor sie tatsächlich betroffen wurden. Möge das traurige Beispiel Italiens unsere internationalen Genossen lehren, die Fehler zu vermeiden, die nachher als Entschuldigungen für die reaktionären Gewerkschaften dienen können.

Mehr als vierunddreißig Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder in den 34 wichtigsten Ländern der Welt wird vom Internationalen Gewerkschaftsbund auf 44.136.355 berechnet. Die Gewerkschaften Chinas sind in steter Entwicklung und zählen bereits 300.000 Mitglieder. Unter allen Ländern steht Deutschland mit rund 12 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern an der Spitze, dann folgen Rußland mit 7 Millionen, Großbritannien mit 5 und die Vereinigten Staaten mit 4 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Jülich	Edw. Franz	17.75/00
Berlin	Markt	5450/00
Wien	Österr. Kr.	2144/00

Prager Kurse am 9. Juli.

	Gold	Wagn
100 holl. Gulden	1295/00	1302/00
10.000 Mark	0.80/00	1.39/00
100 belg. Francs	156.25/00	157.75/00
100 schweiz. Francs	555.75/00	558.25/00
1 Pfund Sterling	149.05/00	151.15/00
100 Lire	135.75/00	137.25/00
1 Dollar	83.15/00	83.55/00
100 franz. Francs	157.50/00	159.00/00
100 Dinar	33.75/00	34.25/00
10.000 ungar. Kronen	35.50/00	37.50/00
10.000 poln. Mark	2.75/00	3.25/00
10.000 österr. Kronen	4.77/50	4.97/50

Züricher Schlusskurse am 9. Juli.

	Gold
Paris	33.57/50
London	26.75/00
Berlin	0.00.81/00
Holland	24.75/00
Dolland	229/25
Wien	0.00.83/00
Eubavcit.	0.06/75
Prag	17.75/00
New York	5.58/75
Selgrad	6.15/00
Warschau	0.00.50/00

Aus der Partei.

Eine Sitzung des Büros der Sozialistischen Internationale. Aus Berlin wird uns telegraphiert: Die Geschäftskommission der Sozialistischen Internationale hat für Mittwoch, den 11. Juli eine Sitzung des Büros nach Brüssel einberufen. Leider ist es dem Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, Genossen Otto Weiss, unmöglich gemacht worden, rechtzeitig in Brüssel zu erscheinen, ebenso dem Genossen Abramowitsch, der die russischen sozialistischen Parteien im Büro vertritt. Die belgische Gesandtschaft in Berlin hat, entgegen dem bisherigen Brauche, die Erteilung der Einreisefreilassung von einer Rückfrage bei der belgischen Regierung abhängig gemacht, deren Antwort noch nicht eingelaufen ist.

Eine außerordentliche Bezirkskonferenz fand am Sonntag, den 8. Juli in Grulich statt. Der Zweck dieser Konferenz war eine Aussprache über die Vorbereitung der im Herbst stattfindenden Gemeindevahlen. Nach der Wahl des Genossen Wagner zum Vorsitzenden erstattete Gen. Uhrner das Referat, in dem er zunächst über die allgemeine politische Bedeutung der Gemeindevahlen sprach und sodann über ihre organisatorische Vorbereitung in den einzelnen Orten. An der Debatte beteiligten sich die Genossen Jestrabel, Rohner, Dr. Strauß (Prag), Vöbel, Weider, Fischer, Vöbel, Kager, worauf Genosse Uhrner das Schlusswort sprach. Der Gegenstand der Debatte bildete das Verhältnis zu den Kleinbauern und es wurde der Beschluß der in Prag stattgefundenen Parteikonferenz einstimmig gutgeheißen. Die Debatte hat gezeigt, daß die Genossen von dem besten Willen befeuert sind, den Ge-

meinbewählpfampf mit Energie zu führen und die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Wahlen für die deutsche Sozialdemokratie ein günstiges Ergebnis zeitigen. Nachdem noch einige Ergänzungswahlen vorgenommen wurden, wurde die erfolgreiche Konferenz geschlossen.

Bezirkskonferenz Haida. Sonntag, den 13. Juli um 8 Uhr vormittags im Gasthaus „Himmelreich“ in Haida Bezirkskonferenz. Die Tagesordnung wird noch bekanntgegeben werden.

Kunst und Wissen.

J. Wedefinds „Zulu“-Tragödie. Gastspiel Rachel Zanzara. (Kleine Bühne, 7. Juli 1923.) Noch knapp vor Tischluß hat man auf der Kleinen Bühne Wedefinds in den Dramen „Erdegeist“ und „Die Büchse der Pandora“ niedergelegte „Zulu“-Tragödie in einer mit Fülle ausgiebigster Striche für einen einzigen Abend zurecht gemachten Fassung herausgebracht. Diese Fassung stellt an die rein physische, noch mehr aber an die seelische Ausnahmefähigkeit der Hörer und Zuschauer die höchsten Anforderungen, erst recht bei der untrüglichen Schwüle eines Sommerabends im engen Raume. Wedefinds „Zulu“-Tragödie gehört zu den erschütterndsten, durch die brutale Unmoral ihres Geschehens moralisch wie nur möglich wirkenden modernen Dramen. Symbol des Zulu-Schicksales ist die Verderbnis, der alle unrettbar verfallen sind, die aus ihrem Reiche der Freude getrunken haben. So ist die „Büchse der Pandora“, das unheilvolle allgemeine Symbol des Verderbens, das in allen Formen und Gestalten aus der Unmoral und geschlechtlichen Jüggellosigkeit droht, ein größliches Warnungszeichen im Zumpfe des modernen Liebeslebens. In der durch Striche verführten und enger zusammengebrängten Handlung, im intimen Rahmen der Kleinen Bühne wirkte Wedefinds Moralitäts-Dogmatismus noch weit brutaler, unmittelbarer und dadurch abschreckender als auf der die Geschehnisse perspektivisch zeigenden großen Bühne. Gar, wo Rachel Zanzara eine Zulu von geradezu fürchterlicher Pervertiertheit gab, von einer Pervertiertheit, die durch die Betonung des unbewußt Schicksalsvollen und Pathologischen ihres Seins, durch die raffinierte Mischung sinnlicher Unschuld und kollektiver Verführungskunst doppelt aufregend wirkt. Wenn hierbei außerdem noch festgehalten werden muß, daß Rachel Zanzara als Zulu nicht nur eine Virtuosa der Sprache, sondern auch eine Virtuosa der Leidenschaft und jugendlichen Temperaments ist, ergibt sich von selbst das richtige Bild ihrer großartigen künstlerischen Leistung. Neben ihrer überragenden Darstellungskunst vermochte sich nur Herr Wenzel Hoffmann als Chefregisseur Dr. Schön voll zu behaupten; er war auch der überzeugende Sprecher des Prologes.

„Orpheus in der Unterwelt“, diese lässliche Parodie auf das klassische Altertum, zu der Offenbach seine unselbstliche Musik geschrieben hat, ging Samstag abends „neueinstudiert“ in Szene. Von Woche zu Woche wird die Aufführung des Stückes verschoben — und dann gab es dennoch nur Zuckwerk. Ein ausgezeichnete Jupiter (Herr Berger), ein in Spiel und Gesang forscher Pluto (Herr Bruch) und der Stütz des Herrn Hörbiger, dessen Tragikomik ununterbrochene Lachmuskelregung verursachte, waren neben der gediegenen Neudekoration die einzigen Lichtseiten der Aufführung. Was darüber hinaus war, war von Uebel. Eine „Orpheus“-Vorstellung mit einer verpaten Cuvertüre — das berühmte Violinolo bildete diesmal den Treffpunkt — ist im vordrinnen eine halbe Sache. Und zur Minus-hälfte zählen auch die Darsteller des Orpheus und der Eurydice und noch manch anderer. Gut einstudiert zeigte sich der Chor. Wir sind der Meinung, daß man solche Schätze, wie sie Offenbachs Meisteroperetten darstellen, lieber in der Truhe lassen sollte, ehe man sie mit so vielen Nieten noch rasch vor Schluß der Spielzeit dem Licht der Sommerbühne ansieht.

Neues Theater. Heute Dienstag halb 7 Uhr Neuinszenierung „Die Ballkäre“, Mittwoch Gastspiel Rubla „Ernani“, Donnerstag Gastspiel Chamlee „Tosca“, Freitag Wolnars „Lilium“, Samstag Gastspiel Müller-Chamlee „Luca von Lammermoor“, Sonntag letztes Gastspiel Rubla „Carmen“.

Turnen und Sport.

Rodrennen um die Weltmeisterschaft in Zürich. In den Tagen vom 18. bis 20. August d. J. findet in Zürich das Rodrennen um die Weltmeisterschaft statt. Bereits zehn Staaten haben ihr Erscheinen sicher in Aussicht gestellt. Der Veranstaltung kommt schon aus diesem Grunde eine besondere Bedeutung zu, weil sich hier zum ersten Male seit zehn Jahren die Fahrer der ehemals feindlichen Länder und der Entente in friedlichem Wettkampfe messen.

Prager Wettspiele. Am Sonntag fand das Jubiläumsturnier der Prager Sportbrüder auf dem D.F.C.-Platz sein Ende. Union 2:1:1, die gegen die Sportbrüder antraten, konnten mit vieler Mühe dieses Treffen 2:1 und damit den Trostpreis gewinnen. In der Hauptentscheidung schlug der D.F.C. Práovic 2:1. Das Spiel mußte vorzeitig abgebrochen werden, da Práovic, die unnötig derb spielten, wegen Herausstellung eines Spielers das Spielfeld verließen. Das Spiel des D.F.C. war unter jeder Kritik und es übertrug sich hier nur noch zu vernennen, daß Spiele bei einer Temperatur, wie sie am Sonntag herrschte, sportlich überhaupt wertlos sind. — Meisterschaftsspiele: Sparta Aohsit gegen O.N.S. 3:1 (2:1); Malostranská ZR. gegen Slavoj VIII 3:1 (2:1); Viktoria Žitkov gegen Viktoria Weinberge 3:1. Freundschaftsspiel: Sparta Aohit gegen ZR. Víbeš 4:2 (3:0); ZR. Vukobrad gegen D.F.C. Sturm 2:0.

Inlands- und Auslandsbeispiele. Rašava: Samstag: Slavia Prag gegen Slavia Rašava 6:0 (2:0); Sonntag: Slavia gegen MŠK und Terešovek sonntags 2:0 (1:0). — Prag: Deutscher Sportklub Prag gegen Tepliger Fußball-Club 4:1 (2:1). — Brünn: Brünnener Turn-Verein gegen Borwärts 1:0 (1:0); Zidenice gegen MŠK. Pardubice 7:2 (5:0); Westmährischer Gau gegen Südmährischen Gau (tschech.) 7:0 (1:0); Maffabi gegen Maffabi Prevar 4:3 (0:2). — Mähr.-Ostrau: Moravia Slavia gegen Slavia Mähr.-Ostrau 3:2 (2:1). Samstag: Slavia gegen Mor. Slavia 3:1 (2:1). Wien: Cupentscheidung: Wiener Sportklub gegen Wacker 3:1 (3:0); 20.000 Zuschauer. Das erste Tor schoß Dümmler bereits in der 5. Min., schon 1 Minute später erzielte Bauer den zweiten Treffer. Das dritte Tor fiel durch Karl Kohnhäuser in der 39. Minute. Nach Seitenwechsel ausgeglichenes Spiel, in dem Rowanda

Mitteilungen aus dem Publikum.

Zirkusmarkt Prag — Meinsk 10 Kilometer. Einen hervorragenden Erfolg hatte das vom Bedelianskyklub, Prag, veranstaltete Wettgehen, in dem der von Siebholzer (Sicherheitswache) geholtene tschech. Rekord auf dieser Strecke nicht nur vom Berliner Müller, sondern auch von Bojisch Eiga (Bedelianskyklub) geschlagen wurde. Bemerkenswert ist, daß bei diesem Wettgehen der größte Teil der Teilnehmer den echten Palma Kautschuk Absatz trugen und die nicht gerade über eine hervorragende Straße führende 10 Kilometer führende Strecke ohne jedes ersichtliche Zeichen von Ermüdung bei tadellosem Fußkondition zurücklegten. Nicht übersehen werden darf, daß der größte Teil der Sieger diesen Absatz trug und sich äußerst lobend über die Elastizität und hervorragende Qualität desselben aussprachen, der trotz härtester Juananspruchnahme nicht die geringste Spur von Abnähung zeigte.

Herausgeber: Dr. Ludwig Egeh und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Solik.

auf einem Schmetter den einzigen Treffer für seine Farben buchte. — Graz: Rapid Wien gegen Sturm 3:1 (1:1), UfBil verlegt.

Leichtathletik. Der Marathonlauf in Göteborg. Beim Marathonlauf über 40,5 Kilometer starteten 21 Läufer. Dige, die schwere und steinige Bahn stellten an die Teilnehmer große Anforderungen. Der Ungar Kiraly führte in hervorragender Form 30 Kilometer, mußte aber dann dem Dänen Axel Jensen und dem Finnen Vorland die ersten Plätze überlassen. Vorland wurde in der sehr guten Zeit von 2:40:59,7 Erster, Jensen in der Zeit 2:46:27,5 Zweiter, Kiraly Dritter. (Dr. Pr.) — Die englischen Meisterschaften. 100 Yards: Hibbel-Shottland 9,7 Sek. — 200 Yards: Hibbel-Shottland 21,6 Sek. — 440 Yards: Stevenson-Oxford Universim. — 880 Yards: Griffith-England 1:56,6. — 1 englische Meile: Stallard 4:21,6. — Hammerwerfen: Rodes 4918 Zentimeter. — Hochsprung: Lewden-Frankreich 185 Zentimeter. — 120 Yards Hürdenrennen: Gaby 15,2. — Stabhochsprung: Lewden-Frankreich. — 2 engl. Meilen-Gehen: Wats. — Weitsprung: Abrahamis.

Schutz der Republik.
 Erläuterung des Gesetzes v. 19. März 1923.
 Im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erschienen. 72 Seiten Kart.
 Das Buch enthält den gesamten Text des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 19. März 1923 und zu jedem Paragraphen eine ausführliche juristische Erläuterung. Weiter enthält das Buch den vollständigen Text des Gesetzes über das Staatsgericht vom 19. März 1923.
 Zu beziehen durch alle Buchhandlungen zum Preise von 2.10.—. Für organisierte Arbeiter ist das Buch durch die ausländische Bezirksorganisation oder das
 Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Teplitz-Schönau, Selterstr. 1 zum Preise von 1.4.— zu beziehen.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtnert & Co., Bodenbach a. E. C. m. b. H.
 Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinerei, neuere Holz- und Blechmaschinen mit einer Lagesammlung von 300.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Lagesammlung von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postfach Nr. 127. 1001

Die Ursache.

Roman von Leonhard Frank.
 Der Vorsitzende sagte gütig: „Sehen Sie, es liegt nicht in Ihrem Interesse, jetzt noch so ins Allgemeine abzuschweifen... Sie sollten nur an sich denken.“
 „Für mich habe ich kein Interesse mehr,“ sagte der Dichter, mit aus weiter Ferne kommenden, vom Wind gereinigter Stimme. „Für mich halte ich meine Verteidigungsbrede nicht.“
 Die Sätze folgten einander rauhselos und immer schneller.
 „Wie denn! Andere zu verteidigen, haben Sie keinen Grund.“
 „Dieser Meinung bin ich nicht.“
 „Das bleibt Ihnen überlassen. Aber Abschweflungen möchte ich Ihnen nicht erlauben.“
 „Was Sie so nennen, ist kein Abschwefeln. Ich habe noch etwas zu sagen.“
 „Nun?“
 „Ich sage, daß allen Menschen die Ursachen des Verbrechens ins Gehirn geschleudert werden, in einem Alter, in dem sie sich noch nicht dagegen wehren können, solange sie Kinder und einer eigenen gedanklichen Kritik noch nicht fähig sind... So werden die Menschen schuldig, ohne schuldig zu sein.“
 „Alle Menschen sind sich doch aber darüber einig, daß die Kindheit die schönste Zeit ihres Lebens war,“ sagte der vollblütige Geschworene.
 Der Vorsitzende: „Ich kann Sie wirklich nicht mehr in dieser Weise weitersprechen lassen.“
 Und leidenschaftlich der Dichter: „Wo soll ich denn die mit meinem Leben erkaufte Einsicht noch ankern, wenn nicht hier in diesem Saale?“ Seine Ruhe war Erregung geworden.
 Ein von Mann zu Mann weitergegebenen

Blick halben Zugestehens ließ den Vorsitzenden sich noch einmal zurücklehnen.
 Und während hinten die Zeitungsberichterstatter stenographierten für die wartenden Schnellpressen, sprach der Dichter:
 „Die Ergebnisse — die ersten Ursachen zu späteren Verbrechen — erscheinen nur den Erwachsenen klein. Das Kind empfindet sie riesenhaft groß, wird furchtbar getroffen und erschüttert. Denn sein ihm angeborener, unbedingter Glaube an das Leben... seine Nativität bekommt die erste Wunde. Das macht das Kind unsicher und empfänglich für neue Verbrechenursachen, an denen es, noch unverwundet, vielleicht vorbeigegangen wäre... Ich habe das an mir erfahren.“
 Immer noch freundlich, bemerkte der Vorsitzende, hier sei doch nicht von Kindern die Rede.
 „Natürlich von Kindern!“
 „Aber nein doch! Von Ihnen.“
 Der Dichter sagte hartnäckig: „Von Kindern!“
 Der Vorsitzende sah die Geschworenen an, als wollte er sagen: hören wir diesem wunderlichen, armen Menschen halt noch eine Weile zu, und lehnte sich zurück. „Bitte.“
 „Die falschen und böse behandelten Kinder erleben große Qualen, plötzliche Schrecken... und werden doch nicht irrinnig, wie mancher erwachsene Mensch, wenn ihm ein Unglück unvermittelt trifft... Die Natur pariert hier den Stoß... sie läßt das Kind vergessen. Soust gäbe es mehr irrinnige Kinder als irrinnige Erwachsene. In allen Städten würden ganze Strazengänge Kinderirrenhäuser sein.“
 „Was wollen Sie eigentlich!... Kinderirrenhäuser?“
 „Das sage ich... Aber nichts bleibt ohne Wirkung. Furchtbar ist das Vergessen. Denn alle bösen Ergebnisse leben, ohne daß es das Kind weiß, in ihm weiter, werden mit ihm groß, bestimmen

alle seine Handlungen... Wenn ich nicht vergessen hätte, was mir in dem Hohlweg geschehen ist, würde ich vielleicht ein ganz anderer Mensch geworden sein.“
 Der Verteidiger schüttelte mißbilligend den Kopf.
 „Also, Sie wissen doch, daß es bei mir steht, Ihnen das Wort zu geben und zu nehmen... Sie müssen zusehen und nicht mehr von diesen Dingen sprechen.“
 In versteinertem Hartnäckigkeit löstete er seinem Gedankengange nach, zog suchend das Gesicht in Falten, daß sich die Augen fast ganz schlossen, sprach sehr langsam: „Diese den Menschen klein scheinenden Ursachen wachsen mit den Menschen, werden eigenmächtig... werden eigenmächtig, und zu der Zeit, da das von ihnen... bessere Kind anfängt, kritisch zu erleben, ist es schon vollkommen den Ursachen zum Bösen ausgeliefert... Das gilt für jeden. Daher kommt es auch, daß fast alle Menschen im Traume die schwersten Verbrechen begehen. Was jeder einzelne — Christus, das junge, unschuldige Mädchen, die großen Dichter, meine Richter und Sie, Herr Staatsanwalt, — schon an sich erfahren haben. Diese Menschen begehen Verbrechen deshalb nur im Traume, weil gültige Ergebnisse, welche die Kraft der Reinigung besaßen, sich ihnen zufällig in den Weg gestellt haben, oder weil sie selbst die große Kraft der Güte, die innere Kraft zur Reinigung in sich tragen, oder aber wie Sie, meine Herren Richter und Ankläger, durch machverleibende Klassenprivilegien vor den zahllosen Ungehovern, die den Armen treffen, geschützt sind. Ihr eigenes Verdienst ist es nicht, daß — Sie die Richter sind und ich der Mörder... Es könnte schrecklich leicht umgekehrt sein.“
 Der Staatsanwalt machte eine unwillige Kopfbewegung, seine Frau sah ihn erschrocken an,

und der Vorsitzende rief aufgebracht: „Dahin Sie noch etwas zur Sache vorzubringen?“
 Ohne das er es rügte, verklärte sich das Geräusch der unaufmerksam gewordenen Zuschauer. Ein rotbärdiger, junger Mann, der neben der Frau des Staatsanwaltes in der ersten Bankreihe saß, antwortete seinem Nachbar: „Rein, in die Kreisfrage bin ich gekommen. Drei Finger hat's mir weggerissen... misami dem Daumen,“ und zeigte seine verbundene Hand. Sie roch stark nach Karbol.
 „Ein schönes Unglück!“
 „Am Gegenteil, ich bin froh... Jetzt bekomme ich, solange ich lebe, drei Mark monatlich Unfallversicherung.“
 „Und die Hand?“
 „... Aber alle die Unglücklichen, welche infolge größerer Empfindsamkeit, Empfindlichkeit und übergroßer Armut tiefer infiziert sind und vom Schicksal keine heilenden Ergebnisse geschenkt bekommen haben, werden als willenlose Werkzeuge der eigenwilligen Ursachen zum Bösen... dem Leben ausgeliefert. Da müssen sie nun für Handlungen einstehen, die sie gar nicht selbst tun. Denn der Mensch ist nur der Hammer, die Ursache aber ist die Faust, die den Hammer schwingt... und ihn manchmal auf den Schädel eines Nebenmenschen niederfallen läßt.“
 Gelend rief er: „Fast alle Verbrechen werden von der falschen Erziehung, der verlorenen Moral, den unästhetischen sozialen Verhältnissen verursacht. Alle Seelen sind verwundet. Die ganze Welt riecht nach Karbol!... Man muß daran arbeiten, daß die Ursachen der Verbrechen beseitigt werden: denn sonst wird weiter eingesperrt, gefoltert, noch in hunderttausend Jahren.“
 Der Satz blieb in der Luft stehen. Alle saßen ihn.
 (Fortsetzung folgt.)